

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
 erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnem. 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892.)
 Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr
 beträgt für die 4gespaltene Petition oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Brühlstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Subalternbeamten.

Die lahme Resolution, zu welcher sich die Budget-Kommission des Reichstages in Sachen der Gehaltsaufbesserung der Subalternbeamten aufgeschwungen hat, wird ohne Erfolg bleiben und die Subalternbeamten werden sehen müssen, wie sie mit ihren mehr als knappen Einkommen sich weiter behelfen können.

Wenn man gesagt hat, die Gymnasiallehrer und die Offiziere hätten am meisten eine Gehalts-erhöhung nötig, so bestreiten wir das auf das Entschiedenste. Wir sind nicht so kleinlich, irgend einem Beamten eine wertvolle Bezahlung zu mißgönnen, allein wenn es sich um Aufbesserung der Gehälter handelt, so muß sicherlich anderswo angefangen werden, als beim Gymnasiallehrer und beim Lieutenant. Für eine allgemeine Gehaltsaufbesserung der Beamten sind wir unter gar keinen Umständen, denn es giebt Beamte in Hülle und Fülle, die sehr gut, und auch viele, die nach unserer Meinung zu hoch bezahlt sind. Dagegen ist es gewöhnlich so, daß bei der Stala, die man für eine allgemeine Gehaltsaufbesserung ansieht, die hohen Beamten, die schon gut bezahlt sind, weit besser wegkommen, als die Subalternbeamten, die von der Noth geplagt werden.

Die Subalternbeamten haben die anstrengendsten und verantwortungsvollsten Pflichten zu erfüllen. Man nehme als Beispiel nur den Briefträger und den Eisenbahnschaffner. Wie gering ist die Bezahlung dieser Beamten und wie elend müssen sie sich mit des Lebens Noth herumschlagen, wenn sie das Unglück haben, eine große Familie ernähren zu müssen! Die Briefträger verlassen sich auf die Trinkgelder um Weihnachten und Neujahr und wer möchte ihnen diesen Zuschuß vergönnen? Allein es würde dem Staate weit besser anstehen, wenn er seine Beamten so stellen würde, daß sie solcher Trinkgelder nicht bedürfen.

Den unteren Eisenbahnbeamten wird in ihrem Amt eine weit schwerere Verantwortlichkeit aufgebürdet, als den Postbeamten. In der Hand eines armen Weichenstellers ruht täglich das Geschick von Tausenden von Menschen, und doch sind diese Leute so mit Arbeit überbürdet, daß man sich nicht wundern darf, wenn sie einmal einen Fehler machen, die Bezahlung ist durchaus unzureichend. Bei den Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen giebt es „Hilfs-wärterinnen“ mit unseres Wissens 40 bis 50 Pfennig Lohn.

Gymnasiallehrer und Lieutenant haben Ferien oder können sich Urlaub nehmen, um sich zu erholen. Den Subalternbeamten ist die Erholungszeit sehr kärglich bemessen und dies trifft sie um so schwerer, als sie bei den niedrigen Gehältern sich eine Lebensweise angewöhnen müssen, welche ihnen keineswegs zuträglich ist.

Die Lebensmittelvertheuerung trifft selbstverständlich diese Beamten mit verdoppelter Schwere. In der Budget-Kommission wurde behauptet, die Lebensmittel seien nicht vertheuert, sondern es habe sich nur die Lebenshaltung aller Klassen gesteigert. Das nationalökonomische Genie, das diese Behauptung aufstellte — es war Herr Delbrück — hätte sich vorher bei der Hausfrau des ersten besten Eisenbahnschaffners oder Brief-trägers darüber informieren können, ob die Lebensmittel theurer geworden sind oder nicht. Es wäre überhaupt an der Zeit, daß die Hausfrauen aus dem Volke einmal in den „Gang der Geschichte“ eingreifen und konstatieren würden, wie sie die Brot- und Fleischvertheuerung verspüren, denn es giebt so viel gelehrte Herren, die so viel tiefgründige Untersuchungen anstellen, daß sie immer das Verkehrte dabei herausbringen. Wir wären froh, wenn die Lebenshaltung aller Klassen in aufsteigender Bewegung sich befände, denn das wäre ein gutes Zeichen für Alle. Oder soll nach den Begriffen hochwohlweiser Herren die Lebenshaltung des Volkes überhaupt nicht steigen? Sollen wir uns zu den Botokuben und Hottentotten zurück entwickeln?

Es ist aber nicht die Lebenshaltung aller Klassen gestiegen. Die der „oberen Zehntausend“ wohl. Aber der Subalternbeamte muß sich doch wohl nach seiner Deede strecken, in der Epoche der steigenden Lebensmittelpreise um so mehr, während in den weitesten Kreisen der arbeitenden Klassen sich eine Abnahme der Konsumtionskraft bemerkbar gemacht hat, eine Thatsache, die bei sehr vielen Geschäften auf das Schmerzlichste fühlbar geworden ist. Das kommt von den sinkenden Löhnen der Arbeiter, von der durch die Konkurrenz bewirkten Verringerung der Produktionskosten und von den vielen „überschüssigen“ Arbeitskräften, die zu jedem Preise zu haben sind. Man wird aber, auch wenn man ein Kartellbruder ist, nicht behaupten können, daß sich die Lebenshaltung steigert in einem Augenblick, da die Einkommen niedriger und die Preise der Lebensmittel höher werden.

Bei dieser Gelegenheit kann es wieder klar gemacht werden, daß ein Staatsmonopol noch kein Sozialismus ist, wie so viele Leute glauben. Ein sozialistischer Betrieb würde mit seinem Zwecke, der Gesellschaft nützlich zu sein, den anderen nicht weniger wichtigen Zweck verbinden, den bei ihm beschäftigten Arbeitern eine angenehme, ausreichende und sichere Existenz zu gewähren. Der moderne Staat aber hat als Hauptzweck im Auge, aus den Staatsbetrieben möglichst viel für seine Hauptkasse herauszuschlagen, und die Leiter dieser Betriebe kennen keinen größeren Stolz, als mit recht hohen Erträgen ihrer Betriebsanstalten im Etat prangen zu können. Sie machen damit manchen Leuten eine Freude. Aber tausendmal mehr Leuten würden sie eine Freude machen, wenn sie sich entschließen könnten, für eine Aufbesserung der Subalternbeamten einzutreten.

Diese Haltung stimmt nicht überein mit den Grundsätzen, welche die leitenden Staatsmänner so oft proklamirt

haben. Wenn Herr von Bötticher das rührende Wort: „Liebet die Brüder!“ sprechen konnte, so mag man dasselbe auch auf die Subalternbeamten anwenden und in Gehalt einer Aufbesserung werden sie es am Besten ver- stehen.

Leider scheint man keine Lust zu einer Aufbesserung zu haben und es werden höher stehende „Brüder“, vielleicht der Gymnasiallehrer und der Lieutenant, wohl eher dran kommen!

Korrespondenzen.

Zürich, 13. Januar. „Auch du Brutus?“ kann man ausrufen angesichts des Vorgehens der bernischen Be- hörden gegen die dortigen ausgeperrten Buchdrucker; weil einige der von den Prinzipalen aus Deutschland importirten Kulis von den Arbeitslosen nicht auf den Händen getragen wurden, ziehen sie die mächtige Intervention der deutschen Gesandtschaft an, die dann richtig den Bundesrath „stupide“. Dieser seinerseits empfahl die Angelegenheit der Regierung des Kantons Bern, die nun eine große Gefahr entdeckte und über die Bundesstadt den kleinen Belagerungsstand verhängte. Freilich gebraucht man in der Demokratie die leineswegs sympathisch und schön klingende Bezeichnung nicht, man redet bloß von Verstärkung der Polizei, Militäraufgebot, mahnt die Bürger an ihre auch in der Republik als erste geltende Pflicht der Ruhe und versetzt im übrigen, wie man auch in der Monarchie unter der Herrschaft des kleinen Belagerungsstandes verfährt. Durch dieses schneidige Vorgehen zeigen die schweizerischen Staatsmänner, daß sie auf der Höhe der Zeit stehen. Sie haben die Konflikte mit dem Auslande nicht umsonst erlebt — sie haben was gelernt und ihre Kollegen in Deutschland, Oesterreich, Rußland u. können mit ihnen zufrieden sein.

Auch die Thätigkeit unter dem System des „Kleinen“ macht ihnen alle Ehre. Hören wir nur, wie die in der höchsten Rute der Staatsrettung arbeitende Polizei mit dem Bürger der Republik verfährt. So schreibt ein Sattler dem Schweizerischen Sozialdemokraten: „Ich kam aus meinem Logis über den Kornhausplatz und durch das Statthalter- gässchen, da sah ich einige Polizisten in schnellstem Laufe gegen den Gasthof zum Schlüssel zuweilen. Ich näherte mich einige Schritte, um zu vernehmen, was sich da begeben habe. Viel konnte ich aber nicht vernehmen, ich hörte nur, daß der Polizei- korporal einige junge Burschen, die dort mit einander schwächten, aufforderte, den Platz zu verlassen, ansonst sie arreirt würden. Darauf erwiderten diese, sie hätten das Recht, so lange hier zu stehen, als ihnen beliebt, sie zahlen die Steuern so gut und so ehrlich wie die Polizisten.“

Auf einmal heißt es: „Sämmtliche Anwesende sind aufge- fordert, auf das Wachtlokal zu kommen, um die Namen an- zugeben“ und sofort wurden einige gepackt und vorwärts gestoßen.

Ich selbst wollte meinen Weg fortsetzen zu einem Rendez- vous an der Gerechtigkeitsgasse, als ich am Rod ergriffen und ebenfalls aufgefordert wurde, auf die Wache zu kommen: ich gehöre auch zur Bande. Er kenne mich wohl, ich sei

Ein tiefer, kurzer Seufzer, einem Luftzug ähnlich, hob seine Brust. Er stockte.

Am langen Tisch erhob sich ein Gespräch. Der fünf- zehnjährige Hans neckte Nastula, weil sie heimlich ein zweites Gläschen Brantwein getrunken. Das Mütterchen, dadurch heftig erobst, schlug sich mit der Faust an die Brust und schrie:

„Unverschämtes Lumpenmaul, Du! Mein seliges Ende will ich nicht erleben, wenn es wahr ist, daß ich ge- trunken!“

Der Fagbinder brummte etwas seiner Frau zu, die sich bei einem Spinnrad an der Wand zu schaffen machte. Helene lachte laut auf über den Zank der Alten mit dem Knaben. Nur ein einziger Mund, der dichten Rauch aus der kurzen Pfeife paffte, blieb stumm. Mikula verschwand zeitweise in dem Qualm, aber seinen Gast ließ er gleichwohl nicht aus den Augen.

Jetzt rief auf einmal Alexis mit seiner hellen, frischen Stimme:

„Und von Vont habt Ihr nichts gehört, als Ihr in der Welt herumstreiftet, he?“

Eine tiefe, unheimliche Stille senkte sich plötzlich über die menschenfüllte Stube. Jeder harrie neugierig der Antwort. Der Gast blieb dieselbe eine Weile schuldig, ver- setzte dann aber gelassen:

„Warum sollt ich nichts von ihm vernommen haben?“

Alle Welt spricht ja jetzt nur noch von ihm.“

„So, nur zu viel. Behüte Gott Jedermann vor solcher Nachrede!“ rief der junge Bauer. „Was meint Ihr: wird man ihn wohl erwischen?“

„Wer das wüßte! Möglich, daß man ihn findet“, ent- gegnete der Gast phlegmatisch.

„Ein Glück wäre es immerhin. Der Schreiber be- hauptete, daß, falls er, wovon uns Gott behüte, hier durch- passiren sollte, ein graufames Unheil entstünde. Es wird

Feuilleton.

Der Winterabend.

Novelle von Elise Orzeszko.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Polnischen von C. Ranemann.

Er überwand indes seinen Kummer und, sich zur Ruhe zwingend, fuhr er gleichgiltigen Tones fort: „Als ich zum ersten Mal hier durchreiste, baute man den neuen Hof und da half ich als Arbeiter.“

„Alte Zeiten! Es mögen wohl so an die zwanzig Jährchen seither verstrichen sein,“ bemerkte Mikula.

„Mehr als zwanzig, verbesserte der Gast.

„Es kamen damals viele Fremde her,“ warf der Fag- binder ein.

„Ja, sehr viele, ich entsinne mich wohl!“

Der Alte schaute den Gast abermals aufmerksam an.

„Es schwebt mir ein Schleier vor den Augen, bald glaube ich Euch zu kennen, bald wieder glaube ich, mich zu täuschen.“

„Bei Gott!“ rief die alte Nastula, „der Schlag soll mich führen, wenn es mir nicht auch so geht. Wenn Ihr beim Bau des neuen Hofes mithalfet, haben wir auch zu- sammen gesprochen.“

Der Fremde sah mit eigenthümlichem Grinsen nach ihren dünnen, abgemagerten, wachsgelben Händen.

„O ja, Mütterchen, nicht einmal, mehr denn zehnmal habt Ihr mit mir geplaudert“, erwiderte er. „Nicht nur einmal habt Ihr mir in diesen Händen Butterbrot und Honig gebracht, den Ihr heimlich aus der herrschaftlichen Speisekammer gemaust.“

Er lüchelte muthwillig und seine Augen brannten wie glühende Kohlen.

„Die Pest soll mich auf der Stelle erwürgen, wenn ich mich dessen noch entsinne! Ob ich mit Euch geredet oder nicht, Euch gefüttert oder nicht, dessen entsinne ich mich nicht mehr! Aber gesehen müssen wir uns haben, wenn die Hölle mich nicht trügt. Ihr seid's! Nein, nein, doch nicht... Zum Teufel, da ist Hexerei im Spiel!“

Zwei Paar Augen: das eine scharf sich einbohrend, unter grauen, herabfallenden Brauen, das zweite stumpf und blöde, aber von Neugierde erhellt und lebhaft unter den ge- röteten Lidern umherirrend, starrten den Fremden an, der jetzt sichtlich in Unruhe gerieth, von seinem Stuhl sich er- hob und in großen Schritten unter sinnlosem, tollem Lachen an die Herdstätte trat. Dort richtete er sich in seiner ganzen Höhe empor, kreuzte die Arme auf dem Rücken und be- trachtete das Mädchen, das bei seinem Nahen zu spinnen aufhörte und aus Furcht die Hände auf die Knie fallen ließ.

„Du bist des Wirthes Tochter?“

„Lief erröthend zupfte sie am Kleide.

„Ja wohl, die Tochter,“ flüsterte sie schüchtern.

„Die jüngste wahrscheinlich? ... Bist noch keine zwanzig Jahre alt?“

„Noch nicht.“

„Und Marie, die ältere Schwester, lebt sie noch, oder ist sie auch schon gestorben?“

„Sie ist noch am Leben.“

„Hat sie sich verheiratet?“

„Ja.“

„Wo wohnt sie? In diesem Dorfe?“

„In Dubrowskany, in der Stätte ihres Mannes.“

„Ach, ihr Mann hat eine eigene Hütte, auch gut denn, so so!“

Schriftsteller. Ohne ein Wort von mir anzuhören, wurde ich von der Polizei auf das Wachtlokal begleitet wie ein gemeiner Dieb.

Im Nachhinein angelangt, mit dem Gute in der Hand, blieb ich stehen, bis die Reihe an mich kam. Als dies geschah, wollte ich mit wenigen Worten erfahren, um was es eigentlich sich handelte und erklärte, ich sei ja kein Schriftsteller und habe überhaupt nicht geschickt. Auf dieses hin schritt mir einer der Polizisten zu, ich solle d' Schnörkel halten, hier werde nicht reklamirt.

Auf diese Art und Weise wird man heutzutage von der Polizei behandelt. Wie weit soll das noch kommen?

Mit ähnlichen Klagen wenden sich weitere vier Bürger an die Redaktion des genannten Blattes.

Ein Schreiner erzählt, daß er mit Schlägen und Stößen zur Polizei transportirt wurde, ohne daß er im Mindesten gefehlt hätte. Außerdem wurde er unterwegs wie auch im Wachtlokal von den Polizisten in gemeinster Weise beschimpft. — Es ist weit gekommen in der freien Schweiz. Und dieselben Herren, die jetzt derartig das arbeitende Volk hegen lassen, werden in einigen Monaten, wenn es sich um die Wahlen handelt, die Arbeitenden mit den süßesten Worten umschmeicheln und ihnen die weitestgehenden Versprechungen machen. Und die Arbeiterschaft wird der Tradition gemäß, alle ihr zugefügte Unbill vergessend, wieder das liebe Stimmvieh machen. Es sollte uns freuen, wenn es anders käme.

Der „Schweiz. Sozialdemokrat“ mahnt die Bernischen Arbeiter angesichts des provozierenden Auftretens der Polizei zur Ruhe. „Sie können bei einem Krampf nichts gewinnen. Darum Ruhe und gefesselt politische Arbeit! Diese allein kann zur Macht führen in Staat und Gemeinde.“

Ähnlich äußern sich alle unsere Blätter über die Berner Polizeiherrschaft. Treffend sagt Conzett in der „Arbeiterstimme“: „Auch die bürgerliche Republik ist trotz aller Gleichheitsproben ein Klassenstaat, der in allererster Linie die Interessen der Besitzenden gegen die Besitzlosen vertritt, in den Klassenkämpfen zwischen den beiden stets seine Macht in den Dienst der kapitalistischen Klasse gegen die arbeitende Klasse stellt.“

Darum muß die Lösung der gesamten Masse der ausgebeuteten Klasse zu Stadt und Land sein: Hinweg mit dem Klassenstaat, dem Polizeistaat; auch zur Ermöglichung der sozialdemokratischen Gemeinamen, die keine Klassen, keine Herren und keine Knechte kennt.

Nicht bloß der kleine Belagerungszustand wird nachgeahmt, sondern auch das „Kartell“ der deutschen Ordnungsparteien“ soll in der Schweiz importirt werden. Die Liberalen und Konservativen, die Ultramontanen und die reformirten Mucker und noch einige weitere Stützen der Ordnung sollen den geheimen Plan hegen, ein politisches Kartell abzuschließen, um bei den im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen das von den Sozialisten und Demokraten bedrohte Vaterland zu retten. Politische Grundgesetz und Charakterlosigkeit ist beiden Ordnungsparteien ja von jeher Prinzip und deshalb steht dem Kartell auch kein moralisches Bedenken im Wege — die Schwindelpolitik kann dann unter gemeinsamer Firma betrieben werden. Die Arbeiter haben davon weder Nutzen noch Schaden zu erwarten; ob in der Bundesversammlung in Bern das Kartell oder wie jetzt die Demokraten und die „Radikale“ sich nennenden Liberalen aus dem Kanton Bern u. die Mehrheit haben, ist für die Entwicklung der Sozialreform ziemlich gleichgültig. Das hat sich sehr deutlich in der letzten Session gezeigt. Zur Beratung und Beschlussfassung über die Erweiterung der Volksschule, die Ausdehnung des Fabrikgesetzes, die Einführung der Unfall- und Krankenversicherung u. d. m. wurde Zeit, dagegen wurde Tage lang darüber debattirt, ob der Balken des eidgenössischen Kreuzes etwas länger oder kürzer sein soll!

Und doch konstatirt fast zu gleicher Zeit ein Mitglied dieser Versammlung, Rationalrechtler Forrer, daß eine ernste und ehrliche Sozialreform immer dringender sei. In seinem Gutachten über die Einführung der Unfallversicherung äußert er sich folgendermaßen:

„Der Proletariat wächst in erschreckendem Maße. Das Kapital sammelt sich zu unerhörten Summen. Es besitzt die natürliche Tendenz, sich immer mehr Kräfte, die menschliche Arbeit, in den Staat selbst dienstbar zu machen. Es verfolgt diese Tendenz mit grauenvollem Erfolg. Dieser Erfolg ist gleichbedeutend mit dem Elend der Massen. Jede des Staates und seiner Einrichtungen ist es, dem Kapital diesen Erfolg freitig zu machen und dessen Einfluß auf das gebührende Maß zurückzuführen. Niemand ist jenes der Staat bezieht hier die nötige Macht. Welches ist jenes gebührende Maß? Wo liegt die Mitte? Kein Mensch soll hungern, keiner der nötigen Kleidung entbehren, keiner einer anständigen Wohnung entzogen werden müssen. Das ist der Inbegriff des Nothbedarfes. Der Nothbedarf muß jedem Menschen garantiert sein. Vor diesem Nothbedarf soll das Kapital halt machen. Da es nicht will, so wird es dazu gezwungen. Und diesen Zwang auszuüben, dazu ist der Staat da.“

gemordet werden, sagte er, und geplündert, man muß sich auf's Schrecklichste gefast machen. Kein Wunder! Wird denn so ein infamer Schurke, falls er in Freiheit bleibt, die Menschen schonen?

„Aber wenn er dem Teufel zwischen die Finger gerathen, als daß die Menschen seiner habhaft werden!“ rief der Fassbinder, dessen Grimm bei dem zweiten Gläschen Branntwein ein wenig verlichtete. „Zweimal hat er Fersengeld gegeben, er wird ihnen auch diesmal entrichten.“

„Am meisten wundere mich, wie er das einmal, vor zehn Jahren, aus dem Gefängnis entspringen konnte. Ich bin oft in der Stadt gewesen und habe das Gebäude gesehen. Die Mauern ragen — Herr du meine Güte! — ganz unfassbar hoch empor, und überall stehen Soldaten mit aufgezogenen Bajonetten. Ein Vogel muß man sein, um dort zu entkommen. Er entfloß aber doch. . . Zum Henker auch, ist das ein pfiffiger Kerl! Durch die Wand hat er sich durchgebissen — wie?“

„Keine Spur davon!“ erwiderte der Gast kurz. „Wie anders sonst! Würde er das eiserne Fenstergitter durchsteilt haben, so könnte er doch nicht vom hochgehenden Fenster herunterspringen. . . rein unmöglich! . . . vom dritten Stock? . . . Hals und Beine würde er sich auf dem Steinpflaster zehnmal gebrochen haben.“

Der Mann am Herd begann, die Hände auf dem Rücken gekreuzt, abwechselnd bald mit dem linken, bald mit dem rechten Fuß schaute aufstehend, den Körper langsam hin und her zu wiegen und zu schaukeln. Es war etwas in dieser Haltung, was an den städtischen Gauner erinnerte. „Der ist nicht aus dem Fenster gesprungen, sondern geflogen.“ erklärte er dem jungen Bauer spöttisch.

„Auf Schwingen, die ihm der Satan angeheftet hat,“ entgegnete der Fassbinder verlegt.

„Er hatte durchaus keine Flügel.“

„Vielleicht fuhr er auf einem Hegenbesen davon,“ scherzte Alexy.

Die Frauen und der kleine Hans brachen in ein helles Gelächter aus.

„Auf einem Schirm,“ sprach der Gast.

Alle verstummten. Er schickte das Schaukeln fort und

Politische Uebersicht.

Die Beschlußfähigkeit des Reichstags hat sich in der ersten Hälfte dieser Session als eine sehr gute Waffe in den Händen der Opposition erwiesen. Sie ließ sich vielleicht in der zweiten Hälfte der Session zu einer noch wirksameren Waffe gestalten. Ob der unerwartet frühe Termin der nächsten Reichstagswahlen zu dem Zweck anberaumt worden ist, die Abgeordneten der Opposition in die Lage zu bringen, daß sie, wenn sie ihre parlamentarischen Pflichten nicht vernachlässigen wollen, die Wahllegation vernachlässigen müssen — für die Regierungskandidaten arbeitet der beschriebene (natürlich privat) Beamtenapparat — die Wirkung ist's aber jedenfalls. Und da drängt sich denn die Frage auf, ob die Abgeordneten der Opposition nicht wohl thäten, Wurf wider Wurf zu bieten und die ganze parlamentarische Thätigkeit an den Nagel zu hängen, so daß sie mit all ihrer Kraft sich auf die Wahllegation werfen können.

Die Folge einer solchen Taktik würde sein, daß die Regierung den Reichshaushalt-Etat mit diesem Reichstag nicht zu Stande brächte, und genöthigt wäre, den neuen Reichstag sofort nach der Wahl einzuberufen.

Und dafür, daß der neue Reichstag gut ausfalle, kann die Opposition dann con amore sorgen.

Der Spieß wäre auf diese Weise ganz prächtig umgedreht und die Kartellbrüder wären die Gepredigten und Geschlagenen.

Der Reichskanzler, so nahm man am Mittwoch fast allgemein im Reichstag an, wird alsbald nach Berlin zurückkehren und sich von Montag an an der zweiten Beratung des Sozialistengesetzes betheiligen. Da der Reichskanzler nach allem, was man hört, sich einer guten Gesundheit erfreut, so dürften, meint die „Frei. Ztg.“, die Verhandlungen des Sozialistengesetzes Veranlassung zu einer gegenseitigen Generalabrechnung des Kanzlers und der Parteien in mehrmaligen Verhandlungen geben. Damit würde der Reichstag, welcher sich wieder im Zustand chronischer Beschlußunfähigkeit befindet, am Ende seiner Laufbahn wenigstens noch einen guten Abgang finden. Die Kartellparteien hoffen, daß der Lustig einer solchen Debatte ihnen für die Wahlbewegung die Segel schwellen machen würde, die jetzt nur allzu schlaff herabhängt.

Bei Gelegenheit der amtlichen Vorbereitungen zur Ausführung des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes wird jetzt in den Einzelstaaten, wie officios geschrieben wird, ermittelt, ob es möglich sei, von der Vollmacht des Gesetzes Gebrauch zu machen, mit der Einziehung der Beiträge für die Versicherung, der Ausstellung und dem Umtausch der Quittungsscheine die anerkannten Krankenkassen bezw. die Gemeindebehörden zu beauftragen. Im Besonderen bezieht sich bekanntlich eine Bestimmung, welche auch diesen Befund offen läßt.

Wohlgemuth pensionirt. Aus Mülhausen im Elsaß wird der „Frankf. Ztg.“ unterm 14. d. Mts. gemeldet: Polizeinspektor Wohlgemuth wird vom 1. Juli d. J. ab pensionirt werden. Es war ihm die Wahl gestellt worden, sich nach Metz versetzen zu lassen, in welchem Falle er dem dortigen Polizeinspektor untergeordnet gewesen wäre, oder sich mit 3150 M. Pension und einer in Aussicht gestellten jährlichen Unterstüzung von 500 M. pensionirt zu lassen, welche letzteres Herr Wohlgemuth vorzog, und so wird er vom 1. Juli ab in den „verdiennten“ Ruhestand treten.

Jur. Auslandsgefahr in Oberschlesien führt die „Köln. Ztg.“ einen alten erfahrenen Bergmann in's Feld, der in höherem Alter seine Kollegen zum Besten giebt. Er warnt seine Kollegen, das Maß der Billigkeitsermächtigung nicht zu überschreiten. Er wirft die Frage auf: „Was bringt der Sommer?“ um sie gleich darauf also zu beantworten: „Für den Werksbesitzer in erster Linie Preisrückgang, Produktions-einschränkung und geringeren Verdienst, und für die Arbeiter: Entlassungen, Einschränkung der Forderungen auf 5/4, ja 3/4 Schichten die Woche. Wer kommt nun wohl zunächst auf die Entlassungsliste? Die fleißigen, besonnenen und bescheidenen Arbeiter jedenfalls nicht. Bisher haben es die Werksbesitzer an Opferwilligkeit nicht fehlen lassen, auch während der Sommermonate für möglichst starken Abfluß — wenn auch mit erheblichen Preisermäßigungen — Sorge zu tragen. Wird das aber nach den wiederholten Lohnaufbewegungen und angesichts der vor Ausbruch der Auslandsbewegung eingegangenen Lieferungsabschlüsse auch in diesem Sommer möglich sein? Nein! Es wird, wenn zur Abwehr der drohenden Nothlage geeignete Schritte nicht gethan werden, ein neuer Kampf beginnen, dem dann wohl mancher Grube zum Opfer fallen dürfte.“ Dieser Mann ist ein Arbeiter nach dem Herzen der „Köln. Ztg.“ Besonders das „bescheiden“ gefällt ihr. Der Arbeiter soll de- und wehmüthig bitten, wo er zu fordern hat, bescheiden mit der Miene eines Supplikanten vor der Thüre stehen und warten, bis man ihm etwas gewährt. Doch er ein gleichberechtigter Faktor im wirtschaftlichen Prozeß ist, fällt der „K. Ztg.“ nicht ein, wie sie sich hütet, dies anzuerkennen.

sah die Anwesenden der Reihe nach an in der Art eines Gauflers, der sich vor dem Straßenpublikum produziert.

„Eine Kleinigkeit!“ fuhr er fort. „Dem Unwissenden scheint es ein Wunder, dem Kundigen eine Kleinigkeit. Da schaut mal her, wie er es antwortet, dieser Bonk, als er durchbrannte.“

Er ergriff seinen Knüttel, ließ ihn durch die Luft kreisen und erzählte dann, heftig gestikulirend:

„Bonk nahm einen Schirm, einen großen Schirm, spannte ihn aus, lehrte den Griff um, und mir nichts dir nichts, schwupp, mit dem Schirm zum Fenster hinaus. . . Ohne den Schirm würde er kopfsüber zur Erde gestürzt sein und das Gesicht gebrochen haben. So aber sank der Schirm langsam, langsam hinab, weil die Luft sein schnelles Fallen hinderte, bis er endlich den Boden erreichte. Bonk fiel der Länge nach auf das Pflaster und stieß mit der Nase gegen einen Stein. Er spürte, wie ihm das warme Blut über das Gesicht rieselte und empfand in den Knochen einen furchtbaren Schmerz; doch was lag daran? Im Nu stand er auf den Füßen und fort ging's in die weite Welt hinaus. Den Schirm haben sie bei der Gefängnismauer gefunden, nach ihm aber sahnete man erfolglos drei Jahre.“

Bei dieser Schilderung flog eine fast kindische Heiterkeit über sein langes, graues Gesicht.

Die Anwesenden lauschten weit geöffneten Mundes seiner frivolen Darstellung, bis das allgemeine Schweigen von einer tiefen und strengen Stimme, die aus dem Rauch heraus schallte, unterbrochen wurde:

„Und woher wißt Ihr, wie das zugegangen?“

„Ja, das möchten wir auch wissen,“ riefen mehrere Stimmen zugleich.

Als hätte er aus dem heftigen Ansturm dieser Fragen eine feindliche Herausforderung herausgehört, warf er den Kopf led' empor und seine flammenden Augen schienen Blitze auf die Reugierigen zu werfen.

„Ich weiß es, und das genügt. Nergerts Euch? Was der Geschichte vorbringt, ist für Narren ein Wunder! . . . Oho, oho, da klohen sich mit weit aufgesperrten Mäulern mich an. . . Woher ich es habe? Können denn die Leute

Die Landtagswahl in Chemnitz, welche von der Kartellpartei gedanklos als ein Sieg der Ordnungsparteien über die Sozialdemokratie bezeichnet wird, war, wie wir bereits hervorgehoben haben, in Wirklichkeit ein großer Erfolg der Sozialdemokraten. Um dies zu begreifen, braucht man bloß die Ziffern aus der vorletzten Wahl mit einander zu vergleichen. Am 15. September 1885 hatte in dem gleichen Landtagswahlkreis der Sozialdemokrat Diebstadt 1600 und der Kartellbruder Claus 3655 Stimmen. Dinstag hatte der Sozialdemokrat Jähig 3174, und der Kartellbruder Diebstadt 3797 Stimmen. Die Stimmen der Sozialdemokraten haben sich also seit 1885 verdoppelt, während die Ordnungsparteien es trotz unerhörter Anstrengungen und eifrigster „Schlepperlei“ nur auf einen lärglichen Zuwachs von 11 Stimmen bringen konnten. Also bei ihnen überhaupt kein Stand, bei den Sozialdemokraten rapider Fortschritt. Und wohlgerathen, bei einer Jenseitswahl. Da der herrschende Wahlkreis der Partei Chemnitz enthält, in welchem die Bourgeoisie am stärksten vertreten ist, und die übrigen Landtagswahlkreise von Chemnitz impolitisch Majoritäten für die Sozialdemokratie ergeben haben, so ist die Wahl des 14. Januar das Schicksal der Kartellpartei für die Reichstagswahl entschieden. Chemnitz wird am 20. Februar an die Sozialdemokratie zurückfallen — das wissen jetzt auch die optimistischsten Kartellbrüder.

Barlorsuh. Wir geben hier den Wortlaut der Verfügung des Groß. Landeskommissars betreffend die Beschaffung wegen einer Veranlassungsausschließung:

„Groß. Bezirksamt Barlorsuh wird auf seinen Bericht vom 31. v. M. Nr. 122 790 (pr. 3. d. M.) zur weiteren Öffnung zu erkennen gegeben.“

Polizeinspektor Kragst, welcher vom Gr. Bezirksamt mit der Ueberwachung der am 21. v. M. stattgehabten öffentlichen Versammlung des Vereines für volkshühliche Wahlen beauftragt war, hat diese Versammlung auf Grund des § 9 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeindefremden Bestrebungen der Sozialdemokratie aufgelöst, nachdem Reichsanwalt Güttenheim erklärt hatte, er belenne sich öffentlich als Anhänger der sozialdemokratischen Partei und werde in einer bald stattfindenden öffentlichen Volkversammlung das sozialdemokratische Programm Punkt für Punkt erörtern und wissenschaftlich begründen.

Die Ankündigung erfolgte allerdings in einem Tone, welcher erwarten ließ, daß sich Rathgeber nicht mit einer solchen Erwartung seiner Ansehungen über die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei begnügen, vielmehr in aufreizender Weise darüber sprechen werde, denn er tadelt seinen Vorredner Kragst aus Stillsitz, weil dieser sich zu unblüm. ausgedrückt habe, was in einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung nicht notwendig sei.

Tatsächlich wurde jedoch die Erörterung jener Bestrebungen durch die Intervention des Polizeibeamten abgebrochen und insbesondere traten dieselben nicht in einer Weise zu Tage, welche auf den Umkreis der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet war.

Es fehlte somit an den Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 des Sozialistengesetzes und wird darum auf die rechtzeitig eingekommene Beschwerde des Einberufers und Vorsitzenden Schreiner G. Jena ausgeschrieben, daß zur Aufhebung der Volkversammlung vom 21. v. M. kein hinreichender Grund vorhanden war.

Die dortigen Alten folgen im Anschlusse zurück.

aus dem Saarrevier, 13. Januar. Wie sehr die Organisation der hiesigen Bergleute erstickt ist, läßt sich aus dem Verlauf einer Vertrauensmänner-Versammlung des bergmännischen Reichstagsvereins ersehen, die gestern in Bildfang unter dem Vorhitz des bergmännischen Reichstagslandtags stattfand und über welche die „St. Joh. Ztg.“ ausführlich berichtet. Die Geschäfte des Verbandes sind so gewachsen, daß die Wahl dreier besoldeter Beamter zur Bewältigung der Verbandsgeschäfte stattfinden mußte. Das letzte Jahr ergab trotz großer Ausgaben einen Kassenerüberschuß von 3000 M. Sodann wurde die Gründung einer besoldeten Unterklassenkasse für gemahregelte Bergleute beschlossen, das Erheben einer Broschüre in Aussicht gestellt und das Engagement eines auswärtigen Rechtsanwalts für Verbandszwecke ins Auge gefaßt. Am bedeutendsten waren die Mittheilungen über den geplanten Bau eines eigenen Versammlungshauses. Dieses Projekt ist bekanntlich durch die ominösen Saalverweigerungen gezeitigt worden. Nun wirkt es überraschend, zu sehen, von wie vielen Seiten den Bergleuten Hilfe zur Durchführung des Planes angeboten wird. Der Bau soll aus Fachwerk errichtet werden und so nahe als möglich an der Bahn gelegen sein. In Oberschlesien wurde dem Verein ein Grundstück unentgeltlich überlassen. Ferner hat sich die Rheinische Aktienbrauerei erboten, falls dieselbe auf 10 Jahre die Konzession zum Ausschank ihres Bieres erhält, 30 000 M. zum Bau auszugeben; eine Gesellschaft in St. Johann zum 14 000 M. zum Saalbau geben. Um weitere Verhandlungen über Art und Weise der Bauung sowie die Platzfrage zu

nicht brachten? Sie haben Jungen und ich — ich habe Ohren. . .“

Er spudte heftig aus, warf neuerdings einen düstern Blick umher, betrachtete seinen Knüttel und rief sich die Hände. . . Alexy schaute ihm herausfordernd ins Gesicht.

„Herr,“ begann er, „Ihr scheint mit Bonks Geschichte vertraut zu sein. Habt Ihr ihn vielleicht auch irgendwo gesehen?“

Der Fremde zuckte die Achseln.

„Wo sollte das geschehen sein? Ich komme eben jetzt aus Preußen und habe diese Gegenden mehr denn zwanzig Jahre nicht betreten.“

„Schade, sonst hätten Ihr uns gesagt, wie der Kerl aussieht. Man würde ihm dann um so leichter fangen. . . Qui! wenn ich dem begegnete! . . . Wahrlich, ich hätte Lust dazu und möchte ihm beileibe nicht rathen, in meine Hände zu fallen. . . Bevor noch die Polizei läme, würde ich ihm selbst ein Stück Haut aus dem Rücken reißen. . .“

„Na, na, so jung und mochtet schon den Leuten das Fell vom Rücken reißen!“ sprach der Fremde höhniisch.

„Ein Räuber ist er!“ brauste der junge Bauer auf, indem er wüthend von der Bank aufsprang. „Der Schreiber selbst hat's heute gesagt: Baarenladen hat er ausgeplündert, Münze gefälcht und das Aergste sei, daß er mit seinen Spießgesellen drei Menschenleben ungebracht. . . Mit einem solchen Vieh soll man Mitleid haben? Das fehlt noch. . . Bei Gott, in Stücke könnte ich ihn zerreißen. . . Niemand soll er mehr umbringen.“

Er erhob drohend die geballte Faust und stieß sie die Zähne. . .

„Still, still, Alexy! Schrei nicht so!“ beschwichtigte den Aufgebrachtsten seine junge Frau, ihn am Pelze zupfend. Der Fassbinder fahrte mit dem Hodel einen gewaltigen Stieb in die leere Luft.

„Gott verdamme ihn, den verruchten Mörder dieser unschuldigen Seelen!“

„D,“ stöhnte Janulla, „wenn er nur nicht von vorn mit seinen Unthaten beginnt. . .“

fliegen, wurde
bau-Lomitee
Gelsenk
bedeutend An
bidatur Wap
zahlreich besa
Bergk in
Brugk ab
das Wort zu
nannte, er
„Was kann i
sahie dann
er circa 1 St
merkmal sei
worauf Beh
noch Antimon
launtem Beifal
Antimoniten
Kraden auf
mann, auf
Kapitäl, so
ausreiß, in
entstimmten
Dami mußte
Worte, wov
nämlich „die
behaupt ni
kriegen“, löst
Bogenerung
hier noch nie
leicht genoa
Apollonia
Kontakische
hermit befan
leben, Provin
aus Dorst
demokratie fü
Arbeiter aus
und Stimm
beten, sich
Arbeiterblätt
Wahlplatio
Wahl. In
Kaufstrolche
Die Ar
wenigen Jah
Wendensart
scheulicher P
gehobte die
wals freier
„habe“, So
glichen, Arg
fangen. Ar
von seinen P
plagen wer
entlassen, w
Pranting ge
lassen. Das
Nummer en
1. Not und
feierlich aus
Um die
Bergard
sondere den
international
am 1. B
Kongress
gleicher Zeit
partei und d
Beizente ei
In demselbe
Gewinne, b
beimie, wä
endloser Ard
Lage unter
Ihr könnt
täglich wein
das allgem
gar nicht jä
nißt und de
gethan habe
wie die Ren
Arbeiterfrüh
Wes durch
mit ihr Mä
unter den K
iöflichen, en
lung für G
Der Aufraf
arbeiter-Ge

Theater.

Freitag, den 17. Januar.
 Opernhaus. Die Jugenotten.
 Schauspielhaus. Erich Brahe.
 Festung-Theater. Der Jaungast.
 Deutsches Theater. Krieg im Frieden.
 Berliner Theater. Der Weichenstreifer.
 Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
 Der arme Jonathan.
 Wallner-Theater. Ultimo.
 Residenz-Theater. Die arme Löwin.
 Victoria-Theater. Stanley in Afrika.
 Froll's Theater. Der Königsgardist.
 Bellealliance-Theater. Der Fleck auf der Ehr.
 Abend-Theater. Maria Stuart.
 Königstädtisches Theater. Der jüngste Lieutenant.
 Central-Theater. Verolina.
 Adolph Ernst-Theater. Flotte Weiber.
 Reichshallen-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
 Kaufmann's Variété. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
 Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater, Wallnertheaterstraße 15. Mit neuen Kostümen u. Dekorationen: **Amorina, die Marmorbraut**

Phantastisch-romantisches Zauberstück in 12 Bildern von P. Biede. Musik von Theodor Franke.
Entree 30 Pf. Parquet 60 Pf. I. Balcon 50 Pf. II. Balcon 40 Pf. 1c.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
 Sonntags Anfang des Concerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Montag, den 20. Jan., neu einstudiert:
Die Witze aus Lowood.

American-Theater. Dresdenerstraße 55. Täglich Vorstellung. [1365]

Circus Renz.

Karlstraße.
 Heute, Freitag, den 17. Jan., Abends 7 1/2 Uhr:
 Auf vielseitiges Verlangen:
Die lustigen Heidelberger,
 oder:
Ein Studentenausflug mit Hindernissen.
 Große Original-Pantomime.
 Agat, arab. Vollblut, dress. u. vorgef. v. Herrn Franz Renz. Auftreten der Schulkreierin Fel. Zephora. Königsquadrille, geritten v. 8 Damen, 8 Herren. Auftreten der vorzügl. Reiterkünstlerinnen und Reiterkünstler. M. Weggeh mit seinem dress. Gel. Morgen Vorstellung. Sonntag 2 Vorstellungen.
 C. Renz, Direktor.

Wassers 1 Kr. 9 M. — 10 Uhr u. Kaiser-Panorama.
 Zum ersten Male:
 Eine Wanderung auf der Insel Rügen.
 Zweiter Cyclus: Berliner Weltausstellung. Reise Sr. Maj. Schiff Gertsa. Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf. Abom.

Den Genossen
 halte ich meine
Masken-Garderobe
 bei Bedarf best. empfohlen.
 Größte Auswahl! Bill. Fr. Vereinen Preisermäßig.
Fr. Paulin, Oranienstr. 178, Adalbertstr. 93.

Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre,
 615 Berlin, Oranienstraße 158.
 Größte Auswahl! **Woll-Atlas-Steppdecken** imit. Handarbeit! 2 Mr. lang, blau, grün, bordeaux, 7,50 Mr. Einzelne schadhafte Decken 3 und 4 Mr.
Illustrierte Preisliste gr. u. fr.

Porzellan-, Glas- u. Steingutwaren,
 Tisch- und Hängelampen
 empfiehlt billigst
C. Rahmlow, Lohringstraße 53, am Rosenthaler Thor.

Kahntabak A. Goldschmidt,
 am hiesigen Plage bekanntlich [1658]
Größte Auswahl.
 Gewantelt scharf braunende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sammlische im Handel befindliche Koh-Tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstraße 6 am Haselchen Markt.

Restoration mit Garten und 2 Regelsbahnen 3. v. bei Förster, V. d. Strelauer Thor 18.

Unserm Freunde und Genossen
Wilhelm Bäuml
 zu seinem heutigen Wiegensfest ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Bietzenstraße wackelt. Ob der Blaue wird Kraute haben?
 788] **Die Genossen von Schöneberg.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 14. d. Mts. unser treuer Genosse **Louis Hesse** an der Proletariatskrankheit verstorben ist. Wir verlieren in ihm einen treuen Kämpfer für unsere gerechte Sache. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19., früh um 9 Uhr, vom Trauerhause Kaulsdorfer Weg Nr. 2 aus statt. [793]
Die Köpenicker Genossen.

Allgem. Schriftsteller-Versammlung
 am Freitag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, in **Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28.**
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Delegierten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. [785]
Die Kommission. J. A. G. Reincke.

Fachverein der Kernmacher und verwandter Berufsgen.
 Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
 am Sonnabend, den 18. ds., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Snadt, Brunnenstr. 38.**
 Tagesordnung:
 1. Jahresabrechnung. 2. Kassen- und Revisionsbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes.
 Der wichtigen Tagesordnung halber werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. [788]
Der Vorstand.
 Die Ausgabe der Bibliotheksbücher findet in der Versammlung statt und wird darüber weiterer Beschluß gefaßt werden.

Sanitäts-Verein f. Arbeiter beiderlei Geschlechts (E. S. 85).
 Sonntag, den 26. Januar, Nachm. 2 Uhr, in **Feuerstein's Restaur., Alte Jakobstr. 75.**
General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassiers pro 1899. 3. Bericht des Ausschusses. 4. Wahl des gesamten Vorstandes und des Ausschusses. 5. Verschiedene Kassenangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. Sämtliche männliche und weibliche Mitglieder sind hiermit eingeladen. [789]
Der Vorstand. J. A. P. Hundt.

Fachverein der Bucher Berlins.
 Sonntag, den 19. Januar, Vormittags 11 Uhr, **Dresdenerstraße 96:**
Mitgl.-Versammlung.
 Tagesordnung:
 Bericht über die Vorlage der Kommission in der Nähungsfrage; Bericht über die Vorlage der Lohn- und Arbeitsstatistik; Vereinsangelegenheiten; Verschiedenes und Fragebeantwortung. Ausgabe der Billets zum Maskenball wie zum Besuch der Urania. [780]
Der Vorstand.

Achtung! Metallarbeiter!
 Für die [782]
Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg)
 und
Vulkan, Central-Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter
 (E. S. 89, Hamburg), befinden sich für Berlin und Umgegend folgende Zahlstellen:
 Solms- u. Barutherstr.-Ecke Restaur. Jantzeit. Richter.
 Lottoweg- u. Bankwitzstr.-Ecke Sander.
 Flottwell- u. Steglitzerstr.-Ecke Verkleb.
 Adalbertstraße 4 Deniel.
 Prinzen- u. Gieshinerstr.-Ecke Vieswald.
 Mariannenstraße 46 Lehmann.
 Eisenbahnstraße 7 Restaur. Zimmering.
 Fruchtstraße 53 Sälster.
 Kleine Markusstraße 10 Rigte.
 Weinmeisterstraße 6 Galle.
 Bergstraße 36 Saus.
 Brunnenstraße 113 Schumacher.
 Lindowstraße 23 Dillen berg.
 Reinickendorferstraße 54 Berner.
 Bankstraße 17 Schmidt.
 Grünthalerstraße 6 Vied.
 Birkenstraße 24
 Charlottenburg, Spandauerstraße 8 bei Equit. Tempelhof, Berlinerstraße 79 bei Seefeld. Tegel, Schönebergerstraße 1 bei Petrus. Reinickendorf, Scharnweberstr. 116 bei Verkt. Rixdorf, Berlinerstraße 49 bei Giltert.
 Beitrittserklärungen und Beiträge werden daselbst jeden Sonnabend Abend von 8-10 Uhr entgegengenommen.
Die vereinigten Ortsverwaltungen.

Achtung, Sittenmacher!
 Sonntag, den 19. d. M., Vormittags von 8 bis 10 Uhr, findet der **Vortrag** für uns in der **Urania** (Moabit) statt. Im Besitze des Kassiers E. Göpfert, Reanderstraße 6, Hof 1, befinden sich noch 90 Billets à 20 Pf. Wir bitten die Kollegen, sich zu bemühen, die Billets zu verkaufen, da die nicht verkauften Billets der Vereinskasse zum Verlust fallen. Auch Damen können teilnehmen. [791]
Der Vorstand.

Große allgemeine Wähler-Versammlung
 am Freitag, den 17. Jan., Abends 8 Uhr, im **Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 111**
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl eines Zentral-Wahlkomitee's.
 2. Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen.
 Referent: Arthur Stadtgarten.
 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellerfassung statt. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, zu erscheinen.
Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
 der **Ludwig Löwe'schen Arbeiter**
 am Freitag, den 17. d. M., Abends 8 Uhr, in der **Unionsbrauerei, Hasenhaide 22-31.**
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung der Zwölfer-Kommission.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Die Zwölfer-Kommission.

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung
 des **Fachvereins der Marmor- und Granitschleifer Berlins**
 am Sonntag, den 19. d., Vorm. 10 1/2 Uhr, in **Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr.**
 Tages-Ordnung:
 1. Besprechung über unsere materielle Lage.
 2. Verschiedenes und Fragekasten. — Jeder Kollege hat Zutritt.
 Um recht zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Untersetzter Vorstand bringt hiermit zur gefl. Kenntnis, daß der **Verein gewerblicher Hilfsarbeiter** am 16. Januar d. J. einen **Arbeitsnachweis** **Skalitzerstr. 18 bei Nimetschek** eröffnet. Gute und passende Kräfte werden stets zur Verfügung stehen, da der Arbeitsnachweis **unentgeltlich** für Mitglieder, und Nichtmitglieder nur eine Einschreibgebühr von 10 Pf. zu zahlen haben. Um recht rege Benutzung desselben wird gebeten.
Der Vorstand des Vereins gewerbli. Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Soeben erschien:
Die Geschichte der Erde.
 Von **H. Sammel.**
Heft 17.
 2 Heft 20 Pfennige.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.
 Soeben erschien:
 Heft 1-4:
Robert Blum
 und seine Zeit.
 Von **Wilhelm Liebknecht.**
 2. Auflage.
 Preis pro Heft 25 Pf.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:
Der wahre Jacob
 Nr. 91.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.
Rob-Tabak, sämtlicher Sorten.
 Größte Auswahl, billigste Preise. [727]
G. Elkhuyzen, Mühlstraße 10.
 Empfehle mein **Bierlokal** sowie Arbeiter-Belegzimmer; sämtliche Gewerkschafts-Organen liegen aus.
Emil Böhl,
 Frankfurter Allee 74.

Wichtig jede Hausfrau
 In keinem Haushalt sollte fehlen eine **Prima Wringmaschine**, welche der beste Wäscheschoner ist.

 Ich gewähre wöchentliche oder monatliche Teilzahlungen, um es jeder Hausfrau ermöglicht, sich diesen nützlichen Wirtschaftsgegenstand zu beschaffen.
 Preis per Stück auf Ratenzahlung Mark bei 36 Ctm. Wägelänge.
Wöchentliche Abzahlung 1 Mark
E. Krieg (Inh. O. Weid)
 Berlin S.-O., Skalitzerstr. 136.
 Berlin N., Schönhauser Allee 186.
 Spandau, Linden-Ufer 11.
 Bezugsb. verl. m. Grünscamgesch. Sebastianstr.

Sophabezüge!
 Maß von 3 1/2-5 Meter spottbillig.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.
 Cr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
 Brunnenstr. 23, Hof part. Thell. nach Uebereinkunft.
 eigener Fabrik.
 Zwei Korbmacher w. gef. b. Vafch, Klosterstr. 88 II.
Arbeitsmarkt.
 E. L. Tischl. a. L. Arb. verl. Kempert & Raungr. 88 II.
 Zwei Korbmacher w. gef. b. Vafch, Klosterstr. 88 II.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 16. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Frhr. von Malchahn-Gülk, v. Stephan, v. Eylander (Bayern), Frhr. v. Marschall (Waden) u. a.

Eingegangen ist eine Sammlung von Aktenstücken über D. Afrika.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats. Und zwar zunächst vom Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung der Besoldungstitel der Unterbeamten.

Bei der früheren Erörterung dieses Gegenstandes waren Anträge der Abgg. Richter, Singer und v. O. wegen Erhöhung der Gehälter für die Unterbeamten eingebracht und demnach mit dem betreffenden Titel an die Budgetkommission nochmals zurückgewiesen worden.

Berichterstatter Abg. Singer beantragt namens der Kommission die Positionen Besoldungen der Post-Unterbeamten, bezw. Wohnungsgeldzuschuß unverändert zu bewilligen, und ferner die Anträge Richter und Singer abzulehnen und den Antrag v. O. anzunehmen: „Den Herrn Reichstagsler zu ersuchen, in Erwägung zu nehmen, ob nicht die Bezüge für die unteren Beamten eine Erhöhung zu unterziehen seien.“

Präsident v. Leschow verliest einen vom Abg. Palle (natl.) eingebrachten Antrag, der die Regierung zur Einbringung eines Nachtragsetats bis zur dritten Etatsberathung auffordert zum Zwecke der Erhöhung der betreffenden Staatsposten.

Abg. Dr. Gaumbach-Berlin (deutsch-feininnig) tritt durch diesen Antrag anheim überläßt und wird demselben zustimmen, da es darauf ankommt, möglichst rasch Abhilfe zu schaffen. In dieser Beziehung verleihe der Antrag Kasse entschieden den Vorzug vor dem Kommissionsbeschlusse. Leider habe bei der Kommissionsberathung der Vertreter des Reichspostamts sich auf einen formell ablehnenden Standpunkt gestellt. Der Reichstag möge nicht auseinander gehen, ohne daß die unteren und mittleren Beamten etwas gefehle, deren unangenehme Lage notorisch sei. Eine Wiederholung seines Antrages auf einmalige Zuschüsse behält er sich zur dritten Sitzung vor.

Staatssekretär des Innern Dr. v. Götlicher will im Vorbeigehen Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung als solche nach wie vor an der Anschauung festhält: daß die Gehaltsverhältnisse im Reichsdienst, soweit sie als unzulänglich erkannt sind, demnach nach Maßgabe der vorhandenen Mittel erhöht werden müßten. Die Erhöhung der Gehälter im Reichsdienst indessen gleichen Schritt halten mit der Regelung dieser Frage in Preußen, wie sie die gestrige Thronrede in Aussicht gestellt habe. Wenn dort eine angemessene Aufbesserung der Gehälter der Beamten und Unterbeamten glücklich zu Stande komme, wobei die Regierung an dem Prinzip festhält, daß alle Gehälter zu erhöhen seien, für deren Erhöhung ein Bedürfnis vorhanden sei, so werde auch das Reich im Anschluß hieran mit Gehalts-erhöhungen vorgehen. Die verbündeten Regierungen haben sich jedoch noch keiner Beschlüsse darüber gefaßt, da zunächst festzustellen müsse, in welchem Maße die dauernden Deckungs-mittel dafür vorhanden sind. Daß der Reichstag heute einen beschließlichen formellen Beschluß fassen, sei an sich überflüssig; wolle man es jedoch thun, so erblicke die Reichs-regierung in einem solchen Beschluß lediglich die Bereitschaft des Reichstages, ihr auf diesem Wege zu folgen. Einmalige Zuschüsse, wie sie der Abgeordnete Dr. Gaumbach im Auge habe, seien bedenklich. Eine richtige Politik müsse nach seiner Ueberzeugung, dahin gehen, daß nicht mit einmaligen Zuschüssen gewirtschaftet, sondern mit dauernden Gehalts-erhöhungen vorgegangen werde. Er hoffe zuversichtlich, daß dies bereits für das nächste Etatsjahr möglich sei. Lebhaft Zustimmung.)

Abg. Palle (natl.) bittet um Annahme seines Antrags, da die Regierung wohl in der Lage sei, bis zur dritten Etatsberathung den erforderlichen Nachtragsetat aufzustellen.

Abg. Singer: Ohne Ueberhebung kann ich es wohl sagen, daß ich und meine politischen Freunde es sind, welche die jetzt allgemein anerkannte Nothwendigkeit der Gehaltsaufbesserung zuerst betont haben. Der Reichstagsler hat einmal gesagt, daß ohne die Sozialdemokraten die Sozialreform nicht zu Stande kommen wäre; dasselbe könnte man auch von der bevorstehenden Gehaltsaufbesserung sagen. In der Erwartung, daß der Antrag Kasse, dem wir auch zustimmen, angenommen wird, geben wir unseren Antrag zurück. Beachtenswerth ist aber, daß dieser Antrag erst in dem Moment gestellt ist, wo auch die Regierung ihr bisheriges Schweigen gebrochen hat. Die finanziellen Bedenken, von denen der Herr Staatssekretär gesprochen hat, sind im Reich nicht vorhanden. Wenn man die Positionen für die Getreidezölle und die Posteinnahmen richtig ansieht, sind sofort die Mittel vorhanden. Wenn auch die Kartellparteien mit einer guten Parole über die ausgewirkte Erhöhung der Beamtengehälter jetzt in die Wahlen treten können, glaube ich doch, daß auch wir bei der Wählerwahl nicht zu kurz kommen werden.

Abg. Dr. Windthorst (Zentl.) ist mit dem Bestreben der preussischen Regierung, nicht nur die unteren, sondern auch die mittleren Beamten aufzubessern, durchaus einverstanden, ebenso mit der Konsequenz, welche der Staatssekretär von Singer hieraus gezogen hat. Die Hauptfrage sei: die Beschaffung der Mittel. Deshalb habe eine budgetmäßige Erhöhung der Angelegenheit alsbald Platz zu greifen; er beantrage daher, den Antrag Kasse an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. v. Geldorf (Dkonf.) erklärt, daß seine Freunde ursprünglich für den Kommissionsvorschlag stimmen wollten, wogegen heute ein neuer Antrag eingebracht sei. Das Bedürfnis der Gehaltsverbesserungen erkenne er voll an. Da er die budgetmäßigen Bedenken des Abg. Windthorst theilt, so wird er einer vorläufigen kommissarischen Erörterung der Angelegenheit nicht widersprechen.

Abg. Richter (Dfr.) betont, daß der Hauptgrund für den ursprünglichen Antrag seiner Freunde die Lebensverhältnisse seien, welche infolge der Wirtschaftspolitik des Reichspostamts eingetreten seien. (Gelächter rechts.) Er ist mit einer Ueberweisung der Sache an die Budget-Kommission zur beschleunigten Berichterstattung einverstanden. Die Kommission werde zu erwägen haben, ob ähnlich wie in Preußen eine bestimmte Summe zu Gehaltsaufbesserungen flüssig gemacht werden könne.

Abg. v. Bardorf (Reichspartei) tritt der Richter'schen Behauptung wegen der Vertheuerung der Lebensmittel durch die Bismarck'sche Wirtschaftspolitik entgegen. Im Uebrigen erhebt er sich für den Antrag auf Kommissionsverweisung.

Abg. Palle (natl.) glaubt, daß durch die Einkerbung einer Paragrafsumme in den geforderten Nachtragsetat schon

ihl für Aufbesserung der Unterbeamten Sorge getragen werden könne.

Die Debatte wird geschlossen. Zur Geschäftsordnung bittet Abg. Dr. Gaumbach (Dfr.), daß auch der Antrag Richter an die Kommission zurückverwiesen werde. — Das Haus beschließt, daß die Anträge v. O., Richter und Kasse zur nochmaligen Berichterstattung an die Budget-Kommission verwiesen und genehmigt die betreffenden Positionen.

Unter den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats werden zur Vergrößerung des Postgrundstücks und zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Frankfurt a. M. als dritte Rate (erste Baurate) 535 000 M. gefordert. In dem neuen Postgebäude sollen auch die erforderlichen Räume für ein Absteigequartier für den Kaiser hergerichtet werden. Dieser Titel war an die Kommission zurückverwiesen worden.

Die Kommission beantragt nunmehr, statt der geforderten Summe nur 235 500 M. zu bewilligen, die Bewilligung der ersten Baurate aber bis zum nächsten Jahre zu verschieben.

Staatssekretär v. Stephan: Drei Gründe wurden in der Kommission gegen die Forderung vorgebracht. Einem Theil erheben der Bau überhaupt zu groß angelegt und zu kostspielig, Andere hielten den Bau nicht für so dringlich, und wieder Andere glaubten, daß mit 200 000 M. für einen Neubau doch nicht viel auszurichten sei. Was den letzteren Punkt betrifft, so habe ich allen Anlaß anzunehmen, daß mit einer Summe von 200 000 M. den dringlichsten Uebelständen abgeholfen werden kann. Es können dafür Hintergebäude errichtet werden als Ersatz für die jetzt bedrohten Räume des Telegraphen- und Paketwesens. Nach den Eingaben des Frankfurter Magistrats und der Handelskammer können wir unmöglich bis zum nächsten Winter in den bisherigen Räumen bleiben. Was die Bedenken gegen die Vorlage des Baues betrifft, so haben Sr. Majestät Allerhöchstherrliche Entschliebung dahin gefaßt, auf die Herstellung eines kaiserlichen Absteigequartiers in dem neuen Reichspostgebäude in Frankfurt überhaupt verzichtet zu werden. Daburch wird ja die ganze Sachlage außerordentlich vereinfacht. Es muß ein anderer und selbstverständlich vereinfachter, weniger kostspieliger Plan aufgestellt werden. Daß das bis zur dritten Sitzung nicht mehr möglich sein wird, liegt auf der Hand. Wohl aber kann der Bauplan zum nächsten Reichstage fertig gemacht und derselbe zur Genehmigung unterbreitet werden. Das verhindert aber nicht, daß dieser Reichstag 150 bis 200 000 Mark zur Erbauung von Hintergebäuden bewilligt, die Nothwendigkeit dieses Neubaus geht aus den erwähnten Eingaben klar hervor. Das jetzige Postgebäude ist 1831 erbaut, wiederholt sich unter den Diensträumen Abtritte, Kanäle und Senkgruben, die Treppen sind eng und von Holz und feuergefährlich, die Diensträume zu eng und ungesund. Die Temperatur ist so ungleich, daß in einigen Zimmern am Fuße 8 Grad, am Kopfe 18 Grad R. vorhanden sind. In den engen Abtrittsräumen muß das Publikum außergewöhnlich lange warten, so daß die Hausbesitzer sich daran gewöhnt haben, dieselben ihr Frühstück zu verzehren. Kurz, die jetzigen Zustände sind äußerst gefahrdrohend und nicht länger zu ertragen. Ich kann Sie also nur bitten, die Summe von 150 bis 200 000 Mark vorbehaltlich der Genehmigung der vollständigen Bausumme zu bewilligen.

Abg. Richter: Nachdem durch den Verzicht auf das Absteigequartier des Kaisers in dem Postgebäude der Hauptgrund, weshalb wir diese Position beantragt haben, in Wegfall gekommen ist, sind wir gern bereit, der Postverwaltung in Bezug auf die beschleunigte Herstellung eines neuen Postgebäudes entgegenzukommen. Wenn es auch bei der zweiten Sitzung schwer möglich ist, alsbald eine Formulierung zu finden, um neben dem Erwerb des Grundstücks auch schon eine bestimmte Bausumme zu normieren, so wird sich doch vielleicht bis zur dritten Berathung eine Formulierung finden lassen, daß wir schon in diesem Jahre eine Summe flüssig machen zur Einziehung des Bauplans und zur Herstellung der Hintergebäude, vorbehaltlich der späteren Genehmigung der Pläne.

Abg. v. Wedell-Maladow: Meine Freunde waren der Meinung und sind es noch, daß der jetzige Etat bereits mit starken Anforderungen an die Steuerzahler belastet ist, und daß es sich empfiehlt, wo es irgend möglich ist, die Ausgaben herabzusetzen und mindestens auf bessere Zeiten zu verschieben. Wären die Uebelstände in Frankfurt wirklich so schlimm, dann hätte die Reichs-Postverwaltung schon vor langer Zeit mit Forderungen zur Verbesserung solcher Verhältnisse hervortreten müssen. (Sehr wohl! rechts.) Das Hotel de Russie wird zum 1. April vollständig frei, und in diesem großen Gebäude könnten die jetzigen Einrichtungen getroffen werden, welche auf ein Jahr der dringenden Noth abhelfen. Für meine Freunde war der von Herrn Richter in den Vordergrund gestellte Grund maßgebend in der Kommission. Wir waren im Gegentheile vollständig bereit, seiner Majestät dem Kaiser auch in dem neuen Postgebäude ein Absteigequartier zu gewähren. Ich kann Sie nur bitten, es bei dem Vorschlag der Kommission bewenden zu lassen. (Beifall rechts.)

Direktor im Reichspostamt Fischer: Uebelstände bei dem Postgebäude in Frankfurt bestehen allerdings schon seit längerer Zeit, aber die Reichspostverwaltung hat nicht auch nur einen Tag veräumt, um die erforderlichen Schritte zur Abhilfe zu thun. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen, ehe es gelang, den Besitzer des Nachbarhauses zum Verkauf seines Hauses zu bewegen. Nachdem dieses geschehen, hat die Verwaltung nicht gezögert, die erforderlichen Mittel vom Reichstag nachzusuchen. Wir haben nichts veräumt, um die schwierige Aufstellung der Baupläne möglichst zu beschleunigen. Der Vorwurf des Vorredners, daß die Verwaltung nicht schon früher mit ihren Forderungen hervorgetreten ist, trifft also nicht zu.

Die erste Baurate wird nach dem Antrage der Kommission gestrichen.

Beim Etat des Reichs-Invaliden-Fonds bemerkt Abg. Seipis (nl.): Wie bei den Pensionen für die Offiziere und Militärärzte hat sich auch bei den hier in Frage kommenden Pensionen eine neue gesetzliche Grundfrage als wünschenswerth herausgestellt. Die Mittheilung des Kriegsministers in der Budgetkommission, daß eine betreffende Novelle in Vorbereitung sei, habe ich deshalb mit Freuden begrüßt. Vielleicht lassen sich in derselben auch gleich die Uebelheiten beseitigen, die bezüglich des zugewiesenen Minimaleinkommens für Militärpersonen, die in eine Zivildienststellung übergehen, noch immer bestehen. Denjenigen, welche den Krieg von 1870/71 mitgemacht haben, ist ein Minimaleinkommen von 1200 M. zugesichert, während die Anderen mit 750 M. auskommen können sollen. Je mehr die Unfallversicherung fortschreitet, je besser für die Invaliden der Arbeit gestellt werden, desto mehr ist es Pflicht auch für Diejenigen, die für das Vaterland ihr Leben eingeleistet haben, angemessen zu sorgen.

Generalmajor v. Spitz: Die Militärverwaltung kann dem Vorredner für seine Anregung nur dankbar sein. Die anfangs

selbst erscheinende Thatsache, daß die Invaliden, welche dem Krieg von 1870/71 mitgemacht haben, durch eine Novelle von 1874 besser gestellt sind, als die später invalide gewordenen Militärpersonen, findet ihre Erklärung in dem Umstande, daß in der sogenannten Gründerzeit die Personen, aus denen sich unser Unteroffizierskorps rekrutirt, anderswo lohnendere Beschäftigung fanden, als wenn sie ihre Zeit ausdienten, um die Berechtigung des Zivildienstes zu erlangen. Um dem Mangel an Unteroffizieren vorzubeugen, der durch den zahlreichen Abgang der Leute entstand, wurden damals aus Reichsmitteln die erhöhten Pensionen bewilligt. Es war das eben nur ein rein praktisches Mittel, um einem Nothstande abzuhelfen. Indes hat mit dem Vorredner heute auch die Militärverwaltung die Ansicht, daß die anderen Sätze den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Soweit es in der Macht der Militärverwaltung liegt, ist in einem in Ausarbeitung begriffenen Entwurf auch bereits eine Abhilfe ins Auge gefaßt, indem die Minimalsätze höher gerückt werden. Es fragt sich aber noch, welche Stellung die Reichsfinanzverwaltung und die anderen beteiligten Behörden zu der Sache einnehmen werden.

Der Etat wird bewilligt.

Zu dem Etat des Reichsschatzamts liegt ein Antrag Broemel und Senoffen vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Zukunft alle Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif mindestens vier Wochen vor Inkrafttreten derselben vollständig im Zentralblatt für das Deutsche Reich zu veröffentlichen.

Abg. Brömel (Dfr.): Gegen das amtliche Waarenverzeichnis, und besonders das neueste, sind eine große Anzahl von Beschwerden geführt worden, und das Haus hat in der vorigen Session dieselben auch anerkannt und den verbündeten Regierungen zur Erwägung überwiesen. Eine Entscheidung ist aber noch nicht erfolgt. Der Herr Schatzsekretär hat sich früher darauf berufen, daß zu seinem Bedauern die Fertigstellung des Verzeichnisses vor anderthalb Jahren sich verzögert habe, ich muß aber doch hervorheben, daß in diesem Falle seitens des Bundesrathes keineswegs mit der Rücksicht verfahren worden ist, auf welche die Gewerbetreibenden Anspruch haben. Mehr als zwei Monate sind nach der Beschlußfassung im Jahre 1888 verfloßen, ohne daß der Bundesrath die Veröffentlichung des amtlichen Waarenverzeichnisses vornahm. Alle Parteien waren einig, daß ein dringendes Bedürfnis der Abhilfe vorliege, und ich bitte, meinen Antrag möglichst einstimmig anzunehmen.

Staatssekretär von Malchahn: Gewiß ist es wünschenswerth, Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses so früh wie irgend möglich zur Kenntniß der Beteiligten zu bringen. Deshalb ist auch 1888 die Publikation des amtlichen Waarenverzeichnisses schon am 1. Juni erfolgt, während es erst am 1. Juli in Kraft trat. Der Zeitraum zwischen der Publikation und dem Inkrafttreten war also groß genug. Die Verzögerung der Publikation des im März gefaßten Beschlusses des Bundesrathes bis zum 1. Juni lag an der Schwierigkeit der Drucklegung, da bei der Bedeutung des Wortes die größte Sorgfalt und mehrfache Revision nöthig war. Bezüglich der Abänderungen des amtlichen Waarenverzeichnisses wird das bisherige Verfahren der Bekanntmachung derselben auch in Zukunft beibehalten werden. Sollte eine vollständig neue Herausgabe des amtlichen Waarenverzeichnisses, wie vor zwei Jahren, wieder nöthig sein, so hat man bisher den Weg gewählt, dieses ganze Buch nicht in extenso dem unhandlichen Zentralblatt für das Deutsche Reich beizufügen, und dieses Verfahren empfiehlt sich auch aus Zweckmäßigkeitsgründen. Allerdings würde eine Anlage des Zentralblattes in dieser Stärke dem Publikum mehr aufpassen, als eine Notiz, daß das Buch erschienen und wo es zu haben ist, aber für praktische Zwecke reicht das letztere in der That aus. Gegen die Festsetzung einer bestimmten Frist von vier Wochen habe ich gewisse Bedenken, es kann irgend eine Abänderung des amtlichen Waarenverzeichnisses nöthig werden, deren Inkrafttreten schneller erfolgen muß. Deshalb ist es wünschenswerth, daß der Reichstag den Antrag ablehnt und sich damit begnügt, daß wir in Zukunft wie bisher bestrebt sein werden, so früh wie möglich die Abänderungen zur Kenntniß der Beteiligten zu bringen. Will der Reichstag aber die Resolution annehmen, so habe ich natürlich nicht dieselben erheblichen Bedenken dagegen wie gegen den früheren Beschlussestwurf.

Abg. Guliksky (Dl.): In der jetzigen Form halten wir den Antrag für empfehlenswerth, weil er geeignet ist, Zweifel und Mißstände zu beseitigen. Obwohl Zollherabsetzungen eigentlich nur durch Gesetz eintreten können, sind solche doch leblich durch Veränderung des amtlichen Waarenverzeichnisses möglich. So sind die Kotosmattenfabrikanten dadurch benachtheiligt, daß die bisher zollfreien Kotosgarne auf Antrag der vereinigten Seilerinnungen in eine andere Position gesetzt und mit Zoll belegt wurden. Die Fabrikanten erhielten davon erst Kenntniß, als sie den Zoll bezahlen mußten, konnten sich also vorher nicht durch Einrichtung ihrer Preise schadlos halten. Davor kann die Handelreibenden der Antrag Broemel bewahren. Wir stimmen also dafür und hoffen, daß auch die Regierung demselben entgegenkommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. Wittke (Dfr.): Die Annahme des Antrages und ein Entgegenkommen der Regierung wäre wirklich wünschenswerth. Es wird ganz ungerechtfertigter Weise ein Unterschied zwischen begünstigten und ungunstigen Reisenden, zwischen Fußbodenhehlen und solchen, die den Fußboden bilden, gemacht, und das früher zollfreie Fußöl soll mit einmal als Branntwein einem Zoll von 20 M. bezahlen, obwohl es nur der Rückstand aus der Branntweinfabrikation ist. Petitionen von Fabrikanten dieser Sachen sind in der vorigen Session der Regierung überwiesen worden, welche aber nach den uns am 22. Oktober v. J. mitgetheilten Entschliebungen des Bundesrathes auf Beschlüsse des Reichstages sich damit noch nicht befakt hat. Ich frage den Herrn Schatzsekretär, ob seit dem 22. Oktober über diese Petitionen eine Entscheidung getroffen ist und in welchem Sinne.

Staatssekretär v. Malchahn: Die verbündeten Regierungen haben nicht die Sache einfach liegen lassen, sondern im Gegentheile sehr eingehend darüber hin und her verhandelt. Die Verhandlung ist aber bis heute nicht zum Abschluß gekommen. Speziell in Bezug auf Fußöl denken sich die aus den Reifsen der Interessenten und zugegangenen Ausführungen keineswegs mit denen des Vorredners. Beschränken können nach Lage der Verhältnisse sich nicht gegen solche Anwendung des Waarenverzeichnisses, sondern nur gegen eine solche des gesetzlich festgestellten Tarifes wenden. Ueber die Subsumtion einer ganzen Reihe von Artikeln kann man nun unbestreitbar verschiedener Ansicht sein. (Sehr richtig! rechts.) Eine öffentliche Kritik der Verfügungen des Bundesrathes pflegt aber nur dann einzutreten, wenn eine Hinausschätzung eines Artikels stattgefunden, niemals aber, wenn durch falsche Klassifikation ein Gegenstand zollfrei gelassen ist. Die Behauptung des Vorredners, daß eine Reihe von Entscheidungen mit dem fixen

weil der Magistrat kassenlich im Dezember nicht den Entwurf eines Vertrages mit einem Privatmann vorlegen, sondern die Entscheidung eigener Anstalten vorschlagen werde.

Stadthagen: Die Anträge Lühauer ziehen die Konsequenzen aus dem von Ihnen als richtig anerkannten Prinzip, daß diese Anstalten gemeinnützig sind. Sind sie gemeinnützig, so müssen auch die Kosten von der Gemeinde getragen werden. (Heiterkeit.) Ihre Oratorik beweist nur, daß Sie unter „gemeinnützig“ nicht dasselbe verstehen, wie wir. Wir verstehen darunter diejenigen Einrichtungen, die für die Bedürfnisse des größten Theils der Bevölkerung, der ärmeren sorgen. In dem Maße, um den es sich heute handelt, sind ja nun die Bedürfnisse von Armen und Reichen gleich. Der Arme ist aber nicht in der Lage, erst in die Restauration zu gehen, dort Bier zu trinken und sich damit das Recht der Benutzung der Einrichtungen zu erkaufen. Die Frage liegt so: Wünschen Sie, daß wenigstens auf diesem Gebiet für die arbeitende Bevölkerung etwas geschieht, oder nicht.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Lühauer abgelehnt und die Anträge des Ausschusses angenommen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung werden verlag.

Schluß 8 1/2 Uhr.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Der Schulbau in der Gräfstraße, der im Rohbau der Vollendung entgegengeht, erweckt bei den Bewohnern der hiesigen Stadttheile theils Befürchtungen, theils Hoffnungen. Befürchtungen bei denjenigen Eltern, welche die Aussicht haben, ihre Kinder in jenes Schulgebäude zum Unterricht schicken zu müssen, Hoffnungen aber bei den Hausbesitzern der Nachbarhäuser des neuen Schulgebäudes. Dasselbe grenzt mit seiner Südfront an das große Stallgebäude des dort belegenen Depots der Omnibus-Gesellschaft und dieses Stallgebäude ist allen Bewohnern jenes Stadttheils wegen der sehr belästigenden Ausdünstungen namentlich während der Sommermonate und wegen der dadurch bedingten Mückenplage wohl bekannt. Gegenüber dem neuen Schulgebäude aber liegt die chemische Fabrik, die mit ihren Dünsten oft genug den ganzen Südtheil der Stadt bis zum Oranienburgerplatz heimsucht, wenn der Wind die erstickenden und überlückenden Dämpfe nach dieser Richtung hinführt. Wie belästigend und bössartig die Dämpfe aus dieser Fabrik sind, lehrt eine Beobachtung, die von den hiesigen Bewohnern mehrfach gemacht ist und von Ärzten, die mit den Verhältnissen in jener Gegend bekannt sind, als höchst nachtheilich für die Gesundheit bezeichnet wird. Der nämlich mit frisch rauchtem Gase durch die Gräfstraße und an jener Fabrik vorübergehend, empfindet plötzlich auf den rauchtem Gesichtstheilen ein scharfes Brennen, das besonders an den Stellen schmerzhaft ist, wo beim Reiben kleine Schrunden entstanden sind. Es ist dies die Folge des Niederlagens giftiger Dämpfe, welche aus der Fabrik der Luft mitgetheilt werden. Zwischen dieser Fabrik und den vorerwähnten Werksstätten liegt das neue Schulgebäude und die Hauswirthe mögen wohl nicht unzutreffend vorausberechnen, daß dieser Zustand auf die Dauer ein unheilvolles ist. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die chemische Fabrik in jener Gegend beseitigt wird, denn daß dieser ertheilt werden kann, wenn die Fabrik sich in Thätigkeit befindet, hält man auf die Dauer einfach für unmöglich. Wie der Magistrat sich dann gegenüber den Belästigungen durch die Werksstätten der Omnibusgesellschaft schütten wird, bleibt abzuwarten. Immerhin wäre es für die Interessenten, Lehrer, sowie Eltern schulpflichtiger Kinder jener Stadttheile, erwünscht, wenn seitens der städtischen Verwaltung recht bald bekannt gegeben würde, in welcher Weise sie in dieser Sache vorgehen gedenkt, oder ob sie es zunächst auf einen Versuch ankommen lassen will.

Selbstbehandlungsapparat gegen Schwerhörigkeit.
Gegenwärtig erregt in medizinischen Kreisen ein Selbstbehandlungsapparat gegen Schwerhörigkeit beachtliches Aufsehen. Die großen Vorzüge, welche dieser Apparat bietet, bestehen zunächst darin, daß jeder Leidende denselben leicht und sicher anwenden kann. Bei den mannigfachen Erkrankungen des Gehörs ist statistisch nachgewiesen, daß ca. 60 pCt. an akutem resp. chronischem Mittelohr-Katarrh leiden; außer dem Professor Polier'schen Verfahren fehlt bis jetzt ein Selbstbehandlungsapparat für Schwerhörigkeit. Bei diesem neuen Verfahren trägt eine Vorrichtung wesentlich dazu bei, daß komprimirte Luft, Gase, ätherische Dünste ohne Katheter auf das Ohr durch die Eustachische Röhre dem Mittelohr zugeführt werden und zwar in jeder höheren Temperatur, welche genau bemessen werden kann, so daß hierdurch dem Mittelohr abgeholfen ist, daß komprimirte Luft bei ihrer Ausdehnung in der Temperatur fällt, wodurch nachtheilige Folgen für das Gehör entstehen. Ebenso ermöglicht dieser Apparat durch eine im Inneren desselben angebrachte Vorrichtung, Ingrengentien in ganzer oder flüssiger Form aufzunehmen und solche mit der erwärmten und komprimirten Luft zu mischen. Hierbei verdient zunächst die erwärmte mit Ingrengentien gesättigte Luft zur Infektion den Vorzug vor der kalten Luft, indem erwärmte Luft schon die Eigenschaft besitzt, Ohrengeschwülste und Ohrenschmerzen erträglicher zu machen, wenn selbst akute innere Ohrenentzündungen diese Ursache verursachen. Ebenso sind diese Injektionen erwärmter Luft ein mobilisierendes, beruhigendes Mittel bei allen durch Reizungen verursachten Ohrenleiden.

Folge der bekannten Katastrophe auf dem Bahnhof in Plessig im Jahre 1883 hatte der Eisenbahndirektor zur Sicherung des Personverkehrs u. a. auch die Unterführung der Albertstraße unter den Bahndamm angeordnet. Ein großer Theil dieser Straße mußte deshalb tiefer gelegt werden, wodurch sich aber die Abjagerten unter der Behauptung, daß ihre Grundstücke durch diese Reueveränderung der Straße bedeutend an Werth verlieren, zur Erhebung von Entschädigungsansprüchen veranlaßt sahen. Der Eisenbahndirektor lehnte dieselben in dem mit dem Hinweis auf eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 30. November 1887 ab, indem nämlich ausgeführt wird, daß in dem Falle, wenn die Anlage von Grundstücken oder eines Werkes erst mit oder durch den Verkauf an einer älteren Landstraße erfolgt, eine Entschädigung für spätere Veränderungen der Straße von den Abjagerten nicht beansprucht werden kann. Diese Verhältnisse, so führte der Fiskus aus, lägen aber auch hier vor. Es wurden nun zahlreiche Prozesse seitens der Abjagerten gegen den Fiskus angehängt, und gelangte der erste derselben, der also für die anderen ein maßgebendes Präjudiz bildet, Dienstag in der Berufungsinstanz vor dem Kammergericht (II. Abth.) zur Entscheidung. In der ersten Instanz war dem Kläger W. eine Entschädigung von 4000 M. zugesprochen worden, wobei die Frage, ob es sich um eine Landstraße oder um eine Dorfstraße handle, gar nicht in Betracht gezogen wurde. Das Kammergericht erachtete indes in Rücksicht auf die erwähnte Reichsgerichtsentscheidung eine Feststellung hierüber für durchaus wesentlich und ordnete darüber Beweisaufnahme an. Diefelbe ergab und zwar namentlich auf Grund der Akten des Landrathsamts Sektors, daß die G. Straße seit 1870 der Gemeinde Stellig in kommunalrechtlicher Hinsicht als Dorfstraße geworden war. Auf Grund des letzteren Umstandes erachtete das Kammergericht den Fiskus zur Entschädigung in vorerwähnter Höhe für verpflichtet, wobei die

Frage, an wem gezahlt werden soll, wegen der in Betracht kommenden Hypothekensituationen vorläufig noch offen bleibt.

Die Direktion des Zoologischen Gartens erlucht uns um Aufnahme der nochstehenden Erklärung: „Bei Schilderung der neulichen Schöffengerichtsverhandlung gegen Herrn Dr. Hünemeyer wegen um Zoologischen Garten verübten Unthaten war in den Zeitungen die Behauptung des Angeklagten niedergegeben, daß der mißhandelte Parkausseher Steinberg erst durch ein Trinkgeld von 50 Pf. von ihm sich habe besänftigen lassen und dann ihm grob entgegengetreten sei. Diese Unterstellung, welche die Ehre des pflichttreuen Mannes auf das Empfindlichste berührt, beruht auf einem Irrthum, indem der Angeklagte in seinem Kaufe den Parkausseher mit einem Wäcker verwechselt hat, welchem er dafür 50 Pf. gab, daß er ihm seinen bei den verschiedenen Vollgärtkünstlern verlorenen Hut nachtrug. Steinberg war indes nicht in der Lage, sich gegen die ehrenrührige Behauptung des Angeklagten zu verteidigen, da er selbst sowohl, wie die übrigen Hauptbelastungszeugen und ein Hülfenärter des Gartens, in der Verhandlung gar nicht zur Vernehmung kamen. Wir glauben daher auf gütige Erfüllung unserer ergebenden Bitte rechnen zu dürfen, welche wir hierdurch dahin auszusprechen uns erlauben, dem in seiner Ehre offenbar durch obengenannte Behauptung des Angeklagten schwer geschädigten Parkausseher durch Aufnahme dieser Berichtigung die Möglichkeit einer Rehabilitation in den Augen des Publikums zu gewähren.“ Durch diese Erklärung erhält der Bericht über die Gerichtsverhandlung eine interessante Ergänzung.

In den neuen Bestimmungen, welche für die Abwanderer in der Müllerstraße getroffen worden sind, so wird uns von geschätzter Seite geschrieben, wäre es wünschenswert und notwendig, daß man endlich auch dem Abfuhrwesen nach den Abdeckereien etwas mehr Beachtung schenkte. Der früh Morgens die Müllerstraße und Tegeler Chaussee bis nach Heiligensee passiren muß und dabei einigen der nur leicht mit Planen bedeckten Abfuhrwagen begegnet, der wird Stundenlang das Gefühl des Stells nicht los; besonders im Sommer, wenn kein Luftzug reinigend weht, da ist man gezwungen, lange Strecken den penetranten Geruch einzunehmen. Sollten denn für solche Transporte nicht auch hermetisch verschlossene Wagen bringen notwendig sein? Willst du bedauern, welche wir hierdurch dahin auszusprechen uns erlauben, dem in seiner Ehre offenbar durch obengenannte Behauptung des Angeklagten schwer geschädigten Parkausseher durch Aufnahme dieser Berichtigung die Möglichkeit einer Rehabilitation in den Augen des Publikums zu gewähren.“ Durch diese Erklärung erhält der Bericht über die Gerichtsverhandlung eine interessante Ergänzung.

In der Artilleriewerkstatt in Spandau ist am Dienstag Morgen ein Streik ausgebrochen. Die Sattler haben wegen zu geringen Verdienstes die Arbeit niedergelegt. Seit einiger Zeit schon herrscht unter denselben Unzufriedenheit. Wahrscheinlich um die erforderlichen Arbeitskräfte zur Massenherstellung der neuen Patronentaschen bereit zu haben, wurden viele neue Gesellen eingestellt. Für die Leute war aber eine ausreichende Beschäftigung nicht vorhanden, und da sie sämtlich Akkord arbeiteten, so verdienten sie nur sehr wenig. Bei der letzten Zahlung erhielten viele für vierzehntägige Arbeit kaum dreißig Mark. Als ihnen nun am Dienstag wieder Arbeit gegeben wurde, welche wenig lohnend erschien, erklärten sie, unter diesen Umständen nicht mehr weiter arbeiten zu können, und verließen die Fabrik. Die meisten Sattler der Artilleriewerkstatt, im ganzen etwa dreihundert sind Berliner, welche mittelst Arbeitermosenbillets täglich nach Spandau und zurück fahren.

Wegen Bandendiebstahls sind vorgestern drei bisher ganz unbekanntere Kaufleute verhaftet worden, von denen zwei sich noch in geachteter, auskömmlich dotirter Stellung befanden. Die Verhafteten haben sich eingestanden, daß sie zum Zweck der Verhaftung in die Stadt, Cafés sowie Restaurants, Ueberzieher, Hüte, Stöcke, Schirme u. zu kehlen. Dies geschah in der bekannten Weise, daß die drei „fremden Gäste“ an besetzten Tischen Platz nahmen, ihre ausgesucht schädigen Garde-robeküchle „an den Nagel hängen“ und mit denen anderer Gäste das Weite zu gewinnen suchten. In zahlreichen Fällen ist ihnen dies gelungen, und so fand man denn bei ihnen eine ansehnliche Sammlung von Ueberziehern, Hüten, Schirmen u. vor. Der eine der Geuner hat allein achtzehn Diebstahlsfälle eingeräumt. Die Diebste, welche den Dieben das gestohlene Gut abzunehmen pflegten, sind noch nicht ermittelt worden; ebenso sind die Eigentümer dreier Paletots, welche man bei einem der Diebe vorfand, noch nicht bekannt, wiewohl Anzeigen derauf Beschloener bei der Kriminalpolizei zahlreich eingegangen sind. Angesichts des großen Umlages, den diese Indusiertritter erzielt haben, ist es geradezu erstaunlich, wobei sie immer die alten Ueberzieher, Hüte u. hernahmen, welche sie zu ihrem „Geschäftsbetrieb“ gebrauchten.

Die Spiritisten können sich noch immer nicht beruhigen und dieben dabei, daß in Resau übernatürliche Kräfte thätig waren. So schreibt das Januarheft der „Sphynx“ anlässlich einer Mittheilung über die Ueberweisung zweier Gegenstände, die in dem Spital von Resau durch die Stube abgeben kamen, an das Märkische Museum. Diese ganze Abtheilung des Märkischen Museums wird demnächst ein trauriges Denkmal sein, das sich die geistige Blindheit unserer materialistischen Zeit heute setzt. Mit ganz demselben Kopfschütteln, wie wir jetzt jene grobenartigen Berichte der Organ- und Reherverfolgungen früherer Jahrhunderte vernehmen, ebenso werden gereiztere rationalistische Ueberlugsheit ansehen.“ Im Uebrigen besteht diese Abtheilung des Märkischen Museums nur in der Phantastie des Spiritisten, wenn es auch nichts schaden würde, wenn das Museum, welches nach den in der Gerichtsverhandlung gemachten Aussagen, frei in der Luft neben dem Bädner Böttcher schwebte, in einem Korridorabteil verewigt würde.

Volksbericht. Am 15. d. Mts. Vormittags sprang am Kohlen-Ufer, nahe der Fußgängerbrücke, ein obdachloser Arbeiter in den Kanalisationskanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charité gebracht. — Nachmittags wurde im Thiergarten, in der Nähe der Schleuse, die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden und nach dem Schauhaufe geschafft. — Gegen Abend wurde in der Seestraße, unweit der Müllerstraße, ein Mann mit zwei Schußwunden im Kopfe, welche er sich anscheinend mittelst Revolvers beigebracht hatte, aufgefunden und noch lebend nach der Charité gebracht. — Am 15. d. Mts. fanden an zwei und in der Nacht zum 16. d. Mts. an drei verschiedenen Stellen kleinere Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Der bisherige Schatzmann Georg Friedrich Wilhelm Benschouen stand gestern wegen Vergehens im Amte und Urkundenfälschung vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Ein Kaufmann Cramer, welcher als ein mit Buchstaben bestraftes Subjekt und Romby der Polizei längst bekannt ist und auf Anordnung des Chefs der Kriminalpolizei, Graf Pückler verhaftet werden sollte, wurde in der Nacht zum 24. Dezember 1883 durch den Kriminal-Schatzmann Vogel aufgegriffen und nach dem Polizeibureau in der Kronenstraße gebracht. Dort wurde von Vogel die Einlieferungsanzeige geschrieben und das dem Arrestanten abgenommene Geld mit einer Summe von 158 M. aufgeführt. Vom Kriminalkommissariat war der Befehl gegeben worden, den Arrestanten in dem „grünen Wagen“ nach dem Rollenmarkt überzuführen, der Angeklagte, welcher in der Nacht als Telegraphist die Direktion auf der Wache hatte, kam diesem Befehle aber

nicht nach, sondern ließ den Cramer auf sein wiederholtes Willen per Drohke befördern. Kriminalkommissarius Wolff erließ diesen Befehl darauf, daß von der dem Arrestanten abgenommenen Summe eine Mark „für Drohke“ in Abzug gebracht war, er stellte aber auch gleichzeitig fest, daß in der Einlieferungs-Anzeige die dort aufgeführte Summe von 158 Mark in 138 M. abgeändert worden war, mithin 20 M. fehlten. Diese Abänderung hat der Angeklagte eigenmächtig vorgenommen. Er erklärte, daß er auf die Bitten des inzwischen unauffindbar gewordenen Cramer sich zu einer Beförderung mittelst einer Drohke verstanden habe; zur Beförderung der letzteren habe er von dem in Affirmation genommenen Gelde das Fahrgeld entnehmen wollen, aber nur Goldstücke vorgefunden und demgemäß ein Zwanzigmarkstück genommen, wobei er dem Cramer gesagt, daß er ihn den überschüssigen Rest verwahren würde. Cramer habe zwar entgegnet, daß er das Geld nur für sich behalten solle, er sei jedoch darauf nicht eingegangen. Nun hat aber der Angeklagte von der angeleglichen Aufbewahrung des Geldes dienstlich Niemand Kenntniß gegeben und so kam dann der Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß die 20 M. als Trinkgeld für die Verbringung der Ueberführung mittelst Drohke gezahlt worden sind. Der Angeklagte wurde zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Grobs Hebergriffe bei Ausübung seines Amtes wurden dem hiesigen Nachtwächter Ludwig Krüger zur Last gelegt, welcher gestern wegen Beleidigung vor der 90. Abtheilung des Schöffengerichts stand. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Sachverhalt: In der Nacht zum 21. September v. J., gegen 2 Uhr, ging der Gerichts-Assessor Schulze durch die Spandauerstraße. Er wurde Jenze, wie ein Nachtwächter einen Fiehenden verfolgte und hielt es für seine Pflicht, dem Beamten sich anzuschließen. Nachdem die Ergreifung des Verfolgten gescheit war, ließ der Wächter sich ohne irgend eine Veranlassung zu groben Mißhandlungen hinreißen, er hieb den Arrestanten viele Male mit der Faust ins Gesicht, ohne von der Aufforderung des Assessors, mit dem Sägen inne zu halten, Noth zu nehmen. Auf höchste empört, erklärte der Assessor, daß er den Wächter mit seinem Arrestanten nach dem Kriminal-Kommissariat begleiten würde, um das Verhalten des ersteren zur Anzeige zu bringen. Man begab sich gemeinschaftlich nach dem Rollenmarkt, wo zunächst der Arrestant in einem besonderen Zimmer vernommen wurde, während der Assessor Schulze so lange in dem Vorderzimmer weilte, bis der Schloßknecht zum Aufenhalt diente. Plötzlich kam der Wächter, der bei der Vernehmung des Sittikus zugegen gewesen war, aus dem ersten Zimmer geführt, stellte sich vor den Gerichts-Assessor hin und sagte: „Sie wollen ein Gerichts-Assessor sein? Ein Lump sind Sie?“ Diese Aeußerung laa der Anklage wegen Beleidigung zu Grunde; ob gegen den Wächter Krüger außerdem Anklage wegen Mißhandlung im Amte erhoben worden ist, oder noch erfolgen wird, kam in der Verhandlung nicht zur Sprache. Assessor Schulze meinte im Termine, das Gebahren des Angeklagten habe auf ihn den Eindruck gemacht, als sei derselbe angetrunken gewesen, worauf der Angeklagte in unangenehmer Weise eine Antwort gab, welche ihm die Androhung mit einer Ordnungsstrafe eintrug. Der Mann, der von dem Angeklagten verfolgt und dann verhaftet wurde, war der Arbeiter Spade, der sich bitter über die Behandlung beklagte, die ihm seitens des Wächters zu Theil geworden. Sein Freund, der ihn begleitet, habe sich auf der Straße eine Ueberretung zu Schulden kommen lassen, wobei derselbe vom Wächter erlappet wurde. Der Letztere habe seinen Freund, trotzdem derselbe verhaftet habe, er würde gutwillig mitgeben, in höchst grober Weise vor sich hergestoßen und nun habe er, der Jenze, dem Beamten gesagt, daß derselbe kein Recht habe, einen Arrestanten zu mißhandeln. Der Wächter habe nun auch ihn für verhaftet erklärt und Miene gemacht, ihn zu fesseln; aus Furcht ebenfalls mißhandelt zu werden, habe er es vorgezogen, die Flucht zu ergreifen. Staatsanwalt Freyher v. der Aue beantragte, den Angeklagten wegen der Beleidigung mit einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen zu belegen. Der Vorstehende, Assessor Wende, beehrte das Verhalten des Angeklagten als ein im hohen Grade rohes und unwürdiges; derselbe habe das Vertrauen, welches seine Behörde in seine Besonnenheit als Beamter gesetzt habe, auf das Gröbste gesäuht und schiene von der Ansicht befangen zu sein, daß das Publikum den Exekutivbeamten auf Gnade und Ungnade ergeben sei. Diefem Glauben müsse auf das Entschiedenste entgegengetreten werden, und mit Rücksicht auf die begleitenden Umstände sei das von dem Staatsanwalt beantragte Strafmaß verdoppelt und auf vier Wochen Gefängniß erkannt worden. Dem Beleidigten, Assessor Schulze, wurde außerdem die Publikationsbefugniß in der üblichen Weise zugesprochen. Der Beurtheilte erklärte, Berufung einlegen zu wollen.

Verksammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Lachter aller Branchen Berlins und Umgegend hielt am 13. Januar eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Gewerkschaftliches“ sprach Kollege Schüler. Im Sinne des Vorredners sprach noch Kollege Jangermann. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Erörterung der Frage des Fachblattes“ verlas der Kollege Schüler zur Klarlegung dieser Frage einen Artikel aus dem „Berliner Volksblatt“, der ebenfalls einem Fachblatt entnommen war. Unter Punkt „Verchiedenes“ machte der Vorsitzende noch bekannt, daß unser diesjähriges Stiftungsfest in der „Königsbank“, Große Frankfurterstr. 117 stattfinden, und zwar am 3. Mai. Zuletzt entpanden sich noch eine lebhafte Debatte im Interesse des Arbeitsnachweises, an der sich verschiedene Kollegen beteiligten. Als letzter Redner trat Kollege Jakob auf. Da derselbe jedoch trotz der Aufforderung des Vorsitzenden zur Sache zu sprechen, seine persönlichen Angriffe auf anwesende Kollegen fortsetzte, entzog ihm der Vorsitzende das Wort. Hierauf Schluß der Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Versammlung Kenntniß von dem Tode des Mitgliedes Julius von Lenz und ehrte das Andenken desselben durch Erheben von den Plätzen.

Fachverein der Metallschrauber-, Facoudeurer und Generalfogossen Berlins. Die erste diesjährige öffentliche Generalversammlung fand am Sonntag, den 12. d. Mts., in Deigmüller's Salon statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Erledigung der zurückgestellten Anträge. 2. Jahreskassenbericht. 3. Bericht über die stattgefundenen Konferenzen mit den Arbeitgebern. 4. Jahresbericht der Fachkommission. 5. Verchiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte der Vorsitzende bekannt, daß die beiden Vereinsmitglieder Fiedler und Köhn verstorben seien. Die Versammlung ehrte das Andenken in der üblichen Weise.

Hierauf erhielt Kollege Koopmann das Wort zur Verlesung der beiden letzten Protokolle; dieselben wurden einstimmig angenommen. Zum 1. Punkt wurde nach längerer Debatte der Antrag Neugebauer angenommen, dahingehend, dem alttönen Vorstand 65 M. zu bewilligen, und zwar für den 1. Vorstehenden 25 M., für den 1. Schriftführer 25 M. und für den Rentanten 15 M.

Zum 2. Punkt giebt Kollege Rothwald bekannt, daß sich die Jahresrechnung auf 2700 M. 61 Pf., die Ausgabe auf 3447 M. 79 Pf. beläuft. Die Einnahme mit Bestand vom vorigen Jahre ergibt die Summe von 3554 M. 14 Pf. Hier- von ab die Ausgaben des Jahres bleibt Bestand 108 M.

Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Verwaltung beizufügen. ...

G. W. St. P. S. 8 M. erhalten und abgeliefert. ...

H. S. Statiner. Ihre Anfrage können wir ...

die Bes. n. einweisen. ...

Glartias. Wird vom nächsten Dienstag ab ...

F. S. 148. Wir können Ihnen zu ...

Reinholdsdorf. Schülermeister. Unsere Zeit ...

und nicht, Ihre Anfrage, die eine unständige ...

Rappin. Wir haben Ihren Brief weiter befördert.

35. Hf. Kollege Fieser bekräftigte die Wichtigkeit der Bücher, ...

Der Fachverein für Schlosser und Maschinenbau- ...

Wochentliches Wähler-Versammlung für den 6. ...

Wochentliches Wähler-Versammlung am Freitag, den 17. ...

Wochentliches Wähler-Versammlung am Freitag, den 17. ...

Wochentliches Wähler-Versammlung am Freitag, den 17. ...

Wochentliches Wähler-Versammlung am Freitag, den 17. ...

Wochentliches Wähler-Versammlung am Freitag, den 17. ...

Wochentliches Wähler-Versammlung am Freitag, den 17. ...

Wochentliches Wähler-Versammlung am Freitag, den 17. ...

Stimmbezichte auch polizeiliche Mitglieder werden aufgenommen. ...

3. Ziehung der 4. Klasse 181. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes for the 3rd drawing of the 4th class of the 181st Prussian lottery.

3. Ziehung der 4. Klasse 181. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery numbers and prizes for the 3rd drawing of the 4th class of the 181st Prussian lottery.

Table with lottery numbers and prizes for the 3rd drawing of the 4th class of the 181st Prussian lottery.

Korrespondenzen.

London, 12. Januar 1890. Die Delegiertenversammlung der Londoner Gewerkschaften zur Beratung des Gasarbeiterstreiks, von der ich in meinem letzten Brief sprach, hat gestern Abend stattgefunden und unter großem Enthusiasmus einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Gasarbeiter, Kohlenräger und Heizer und Heizer Recht haben, ihren Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit fortzusetzen, und fordert alle Gewerkschaften auf, ihnen jeden möglichen pekuniären Beistand zu leisten.

Ebenso fand die nachstehende Resolution einstimmige Annahme: Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Hilfe, welche die Regierung Herrn Lioefay und der Südlondoner Gasgesellschaft behufs Bekämpfung der für das Koalitionsrecht der Gewerkschaften eintretenden Gasarbeiter leistet, nicht zu rechtfertigen ist. Weiter fordert die aus Delegierten der verschiedenen Arbeiterorganisationen der Hauptstadt bestehende Versammlung die Arbeitervertreter im Parlament auf, sobald dasselbe zusammentritt, die Handlungsweise der Polizeibehörden gegenüber den Gasarbeitern vor das Haus zu bringen und einen Antrag zur Adresse (an die Regierung) zu beantragen, der die Bekämpfung der Rechte und Freiheiten der Gewerkschaften fernschneidet.

Mit diesen Beschlüssen ist dem Streik endlich diejenige Bedeutung zuerkannt, die er von Anfang an für die Arbeiterschaft hatte, und es ist nur zu hoffen, daß die Aufforderung an alle Trades-Unions, den Streikenden materielle Unterstützung zu leisten, auf guten Boden fällt. Bisher waren die Streikenden materiell fast ausschließlich auf die Unterstützung ihrer eigenen Fachgenossen, sowie der Kohlenverladegewerkschaft und der Schiffleute und Heizergewerkschaft angewiesen gewesen, ohne deren Hilfe der Streik überhaupt länger verloren wäre. Aber beide Organisationen hatten mit einer Festigkeit zu den Gasarbeitern, die wirklich Bewunderung verdient. Sie führen jetzt den eigentlichen Kampf, und die Gegnerschaft der vortrefflich organisierten „Sailors and Firemans Union“ macht sich Herrn Lioefay in empfindlicher Weise bemerkbar. Es verhielt sich kein Tag, wo ein mit Kohlen für die Gasgesellschaft beladenes Schiff von seiner Mannschaft verlassen wird. So trat am Donnerstag die Bemannung des Kohlenschiffes „Allegwater“ aus, das in dem Surrey Commercial-Dock lagert. Die Leute erklärten, das Schiff sei zum Schein nach Rouen signiert, hätten sie gemerkt, daß es für die Metropolitan-Gesellschaft bestimmt war, so wären sie gar nicht erst an Bord gegangen. Herr Lioefay soll ihnen 10 Pfd. Sterl. Extravergütung geboten haben, wenn sie den Dienst wieder aufnehmen wollten, die Leute, die der Matrosen- und Heizer-Union angehören, haben sich indes nicht kaufen lassen.

Eine große Anzahl von Mitgliedern der genannten Union haben den Kapitänen der Schiffe, zu denen sie gehören, folgendes Schriftstück überhandelt, das nicht nur als Dokument für die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung von Interesse ist.

Wir, die unterzeichneten Mitglieder der Union der gereinigten Matrosen und Heizer, Mannschaft des Schiffes (folgt Name) geben Ihnen hiermit, in Befolgung der von unserem Exekutorat empfangenen Weisungen, 24 stündige Kündigung unseres Vertrages mit Ihnen und den Besatzern des genannten Schiffes, sofern Sie nicht folgenden Sätzen Ihre Zustimmung geben können:

Das Ihr Schiff keine Kohlen an einen der folgenden Ladepunkte der Süd-Metropolitan-Gas-Gesellschaft: Bauxhall, Rothenside, East-Greenwich oder Bankside oder an irgend eine andere Station der Themse befördern soll, wo Kohlen für die genannte Gesellschaft geladnet werden.

Sollte es sich außerdem herausstellen, daß unter dieser Voraussetzung verschifft Kohlen doch für die Süd-Metropolitan-Gas-Gesellschaft bestimmt sind, so verlangen wir des Weiteren, daß diese vorstehende Kündigung genügen soll, unseren Anträgen an Ankaufsstellen zu verlangen, sowie die Bezahlung unserer Reisefkosten bis zum Einladepkt. Ihre Unterschrift unter dieses Schriftstück soll für Sie und die erwähnten Eigenthümer bindende Kraft haben.

Da die Seeleute gezeigt haben, mit welcher Festigkeit sie zur Sache der Gasarbeiter stehen, und da ihre Organisation eine sehr starke ist — sie soll gegen 80 000 Mitglieder zählen, so werden sich gar manche Schiffskapitäne dazu bequemen müssen, diesen Beitrag zu unterzeichnen.

In denselben stehen die Dinge für die Gasgesellschaft keineswegs so glänzend, als sie auszusprechen sucht. Die 40 000 Pfd. mit denen Herr Lioefay prahl, schmelzen hinweg, und noch immer muß sie an die Rücksicht der Gastkonumenten appellieren mit Rücksicht auf die kolossalen Schwierigkeiten, mit denen wir kämpfen haben. Nicht weniger als 20 Pfd. soll ihre Gasproduktion gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres abgenommen haben, und obendrein wird allgemein über die schlechte Qualität des Gases geklagt. Dauert dieser Zustand an, so wird das Publikum allmählich doch die Geduld verlieren, und ein Umschwung in der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Gasleute macht sich nach und nach auch in der Presse bemerkbar. Die Abnahme der Produktion bedeutet natürlich auch eine entsprechende Minderereinnahme für die Gesellschaft. Derselbe hat bereits die Auszahlung von einem Pfund Extravergütung pro Woche an die „Blacklegs“ eingestellt, was verschiedene derselben zum Austritt veranlaßte. Dann hat sie angefangen, sie auszuquartieren, und ist auch da auf allerbaldigste Schwierigkeiten gestoßen. Kurzum, trotz der die Behörden und Korporationen allen Nachschub leisteten, mag sie schließlich doch den Kürzeren ziehen. Was ihr von Seiten zu wünschen wäre.

Für heute sind 5 große Versammlungen zu Gunsten der Arbeiterschaft eintretend. Das Wetter ist praktisch, hoffentlich ist auch der Besuch entsprechend. Doch die Teilnahme der Arbeitergesellschaft für die Streikenden im Wachen begriffen ist, geht aus der Zunahme der Unterstützungsbeiträge hervor. Die Doder-Union, die mit der Gasarbeiter-Union etliche Zeit in Konflikt lag, hat denselben 100 Pfd. Sterl. zum Streikfonds überwiesen, einen gleichen Betrag hat die Allgemeine Arbeiter-Union zugesagt. Gestern und gestern vor acht Tagen hat das Streikkomitee je 1000 Pfd. Sterl. Streikunterstützung ausbezahlt; da der Mann pro Woche 10 Schilling erhält, geht daraus hervor, daß noch 2000 Mann am Streik sind.

Das Streikkomitee ist vor einigen Tagen „ernstlich“ worden. Es hatte von einem Mann, der selbst Abmeister war, ein Zimmer gemietet. Das sollte aber dem eigentlichen Zweck nicht, und er bewarb sich um einen Ermittlungsbescheid, der ihm auch bereitwillig ausgestellt wurde. Und ebenso wurde ihm die

nötige Polizei bewilligt, um die Ermittlung mit Gewalt zu erzwingen. Natürlich war die ganze Geschichte praktisch wertlos, denn das Komitee hat schnell ein anderes Zimmer bekommen.

Die Gasarbeiter-Union wird wahrscheinlich die erste englische Gewerkschaft sein, die sich für die auf dem Pariser Kongress beschlossene Demonstration am 1. Mai zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages entscheidet. Bisher war in dieser Beziehung hier alles still über den Wassern. Die alten Trades-Union halten sich vornehm zurück. Bei den Gasarbeitern ist ein dahingehender Antrag eingebracht und wird gegenwärtig in den einzelnen Sektionen beraten. Findet er, was sehr wahrscheinlich, Annahme, so werden als zweite Gewerkschaft die Kohlenräger und als dritte die Doder folgen, und alsdann ist der Streik ins Rollen gebracht. Keine früheren Angaben über die Stärke der Gasarbeiter-Gewerkschaft werden durch einen Artikel des Vorstandes derselben in der Zeitschrift „Time“ bekräftigt, wo es heißt, daß die Gewerkschaft über 50 000 Mitglieder zählt. Weiter heißt es dort: Wir haben seit 80 000 Mann einen Arbeitstag von acht Stunden statt 12 Stunden erlangt. Wir waren überall Männern und Frauen die Notwendigkeit der Organisation. Wir zwingen die qualifizierten Arbeiter die Rechte und Forderungen der „unqualifizierten“ Arbeiter anzuerkennen, und nehmen täglich „ständlich an“ Mitgliedern zu.

Hochinteressant ist auch folgende Stelle:

Unsere Gewerkschaft ist eine der wenigen, in denen Männer und Frauen gleiche Rechte haben. Wir wollen Organisationen von Arbeitern schlechweg („workers“) nicht oder von ausschließlich männlichen oder ausschließlich weiblichen Arbeitern. Vor etwa drei Monaten rief Frau Keating in Silvertown eine Arbeiterinnen-Union ins Leben und fragte an, ob dieselbe als Zweigsektion der Gewerkschaft für Gasarbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe zugelassen würde. Auf einer Generalversammlung, in der 3000 Mitglieder anwesend waren, wurde die Frage einstimmig und begeistert mit ja beantwortet. Seitdem sind Frauensektionen — die alle blühen — in London und Bristol organisiert worden. Da die Frauenlöhne meist viel schlechter sind als die der Männer, wurde beschlossen, daß die Frauen nur halb so hohe Beiträge wie die Männer zahlen und nur halb so hohe Unterstützung bei Streiks zu empfangen. Sonst aber haben die Frauen denselben Rechte wie die Männer. Ihre Sektionen sind auf unseren Delegiertenversammlungen vertreten, sie stimmen wie die Männer, und in dem Komitee, das neuerdings eingesetzt wurde, unsere Statuten zu revidieren, befanden sich zwei Frauen.

Dies die Gasarbeiter als Union. Was die Doder-Union anbetrifft, so zählt dieselbe, wie John Burns auf einer jüngst stattgehabten Versammlung feststellte, jetzt 40 000 Mitglieder und hat einen Fonds von über 10 000 Pfd. zur Verfügung. Die Anfeindungen und Intriguen, von denen ich früher schrieb, scheinen also wirkungslos abgeprallt zu sein. Desto besser.

In dem neuesten Almanach der „Financial-Reform-Associations“ finde ich recht interessante Zahlen über die Wirkungen des erweiterten Wahlsystems auf die Zusammensetzung des Parlaments. Indem ich mir vorbehalte, in einem späteren Brief eingehender darauf zurückzukommen, greife ich hier heute nur einige wenige, auf die Interessententwertung bezügliche heraus. Der Einfachheit halber stelle ich nur die letzten Wahlen vor Durchführung der Wahlreform (1880), sowie die zugleich stattgehabten Wahlen unter dem neuen Wahlgesetz (1886) gegenüber.

	Unter dem beschränkten Wahlsystem 1880	Unter dem erweiterten Wahlsystem 1886
a) Grundbesitz-Interessen.		
Parlamentsmitglieder besaßen Grundbesitz	2 629 427	1 063 823
Zum Rentenverthe v. Pfd. St. Es saßen im Parlament Söhne und Erben von Vorne, die zusammen Grundbesitz haben	2 412 175	1 233 587
Zum Rentenverthe von Pfd. St. Der Zahl noch waren Grundbesitzer Abgeordnete	4 948 547	2 342 580
b) Kirchliche Interessen.		
Von der Kirche lebenden Parlamentsmitglieder	3 489 643	2 279 503
277	209	
c) Armee- u. Interessen.		
Der Armee u. hatten angehört Parlamentsmitglieder	206	140
d) Beamten- u. Interessen.		
Verwaltungs- u. Beamten waren Parlamentsmitglieder	168	128
e) Gewerbliche Interessen.		
In Handel und Industriewaren interessirt Parlamentsmitglieder	113	91
155	186	
f) Arbeiter-Interessen.		
Arbeiterabgeordnete waren	2	8

Alle diese Zahlen sprechen für sich selbst. Am lauteften die auf den Grundbesitz bezüglichen. Um über die Hälfte weniger Bodenbesitzer ist jetzt im Parlament vertreten als vor der Wahlreform. Die Zahl der Grundbesitzer ist nur um ein Viertel zurückgegangen, was zeigt, daß mehr mittlerer und kleiner Grundbesitz im Parlament Vertretung gefunden. Dabei waren die Wahlen von 1886 noch unter einer Wahlparole erfolgt, die den „konservativen“ Interessen sehr günstig war. Die nächsten Wahlen dürften noch ein ganz anderes Bild aufweisen, namentlich was Rubrik f anbetrifft.

Gerichts-Beilage.

Daß bei den Abbrucharbeiten mit einer ganz besonderen Vorsicht vorgegangen werden muß, bewies eine Verurteilung, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Im April v. J. wurde das Haus Grenadierstraße 36 abgerissen und war der Maurerpolster Friedrich Wilhelm Lehmann mit der Ueberwachung der Arbeit betraut worden. Trotzdem derselbe den Arbeitern eingepreßt hatte, die Mauern nur schichtweise niederzulagen, wurde in seiner Abwesenheit doch von dieser Vorsichtsmaßregel abgewichen und ein Exploser, der Quantität wegen, gleich mehrere Fuß hoch umgestoßen. Einige Steine fielen dabei auf die Grenzmauer des Nachbargrundstücks, prallten hier ab und fielen auf den Nachbarhof. In einer der Kellerwohnungen stand ein Fenster offen, in der Stube saß die Be-

wohnerin auf dem Sopha unmittelbar unter dem Fenster, ein Stein flog hinein und der Frau in's Gesicht. Sie hat eine Gehirnerschütterung erlitten und leidet noch an den Folgen des Unfalles. Der Polizei-Lehmann wurde für denselben verantwortlich gemacht und ihm vorgeworfen, daß er einerseits nicht ausgehen war, als die gefährlichste Arbeit, die Niederlegung der Exploser vorgenommen wurde und daß er andererseits nicht für die Anbringung eines Schutzdaches nach dem Nachbar-Grundstücke zu Sorge getragen. Der Staatsanwalt glaubte ein Exempel statuieren zu sollen und er beantragte deshalb eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof berücksichtigte aber, daß im vorliegenden Falle das Unglück durch ein zufälliges Zusammentreffen einer Reihe von Umständen herbeigeführt sei und beließ es daher bei einer Geldstrafe von 60 M.

Im recht gefährlichen Weiberhändel drehte sich eine Verhandlung wegen wissentlich falscher Denunziation und Beleidigung, die gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Zwischen dem Telephonarbeiter Otto Jaed und einer Wittwe Hoffmann besteht seit drei Jahren bittere Feindschaft, die schon verschiedene Prozesse gegen die Parteien gezeitigt hat. Da erfuhr Jaed eines Tages von einer Frau, welche eine Hausgenossin der Hoffmann war, es ginge das Gerücht, die letztere stehe zu ihrem Stiefsohn in einem strafbaren Verhältnis und flugs legte er sich hin und richtete ein Schreiben an die Polizeibehörde, in welchem er die Wittwe Hoffmann direkt einer schweren strafbaren Handlung beschuldigte. Die Ermittlungen müssen den ausgesprochenen Verdacht wohl nicht bekräftigt haben, denn der Spieß wurde umgedreht und gegen Jaed obige Anklage erhoben. Im gestrigen Termine wurde der Beschuldigte, der sich aufs Reuzgen leute, durch die Gutachten der Schreibsachverständigen, Prof. Naab und Kanzleirath Seegel, als der Schreiber jener Denunziation festgestellt und handelte es sich dann weiter um den Nachweis, ob der Angeklagte jene ungeheuerliche Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt. Dies konnte ihm nicht bewiesen werden, vielmehr wurde durch die Beweisnahme festgestellt, daß thatsächlich jenes Gerücht über die Wittwe Hoffmann und ihren Sohn im Umlauf gewesen. Der Angeklagte konnte somit nur wegen übler Nachrede verurtheilt werden, hierfür legte der Gerichtshof ihm aber eine äußerst empfindliche Strafe — drei Monate Gefängnis — auf.

Versammlungen.

Eine öffentliche, gut besuchte Versammlung der Payer Berlins, tagte am Montag, den 13. d. M. Abends, im Lokale Schwetzergeraten. Nach einigen einleitenden Worten des Herrn A. Köller referierte Herr Stadt. Voght über „Arbeitszeit und Arbeitsruhe“, indem er besonders hervorhob, daß an dem Sonntage als Ruhetage, aber nicht in dem Sinne der traffen Orthodoxie, festzuhalten sei. Dem Herrn Referenten sprach die Versammlung ihren Dank für den anregenden Vortrag durch Erheben von den Plätzen aus. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung — Abrechnung für den Generalfonds — stellte Herr Buchholz den Antrag, den Vertrauensmännern mindestens 300 M. zur Unterstützung streikender Korporationen in dringenden Fällen zur Verfügung zu stellen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Nachdem die Herren Buchholz und Peitric ihr Amt als Revisoren niedergelegt hatten, wurde an ihrer Stelle Herr Kröbel gewählt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung — Verschiedenes — wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: Die heute, den 13. Januar im Schwetzergeraten tagende Versammlung der Payer Berlins, wolle beschließen, den Kollegen nahe zulegen, am 20. Februar, dem Wahltag, die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Freie Vereinigung der Kartonarbeiter hielt am Montag, den 13. d. M., bei Volkmann, Andreasstr. 28, eine Generalversammlung ab, in welcher Kollege Thamm die Vorträge, die in dem letzten Vierteljahr bewirkt hatten, daß ein stetiges Zuwachsen von Mitgliedern stattgefunden habe, so daß die Zahl auf 148 Mitglieder gestiegen sei, als ein gelungenes Werk bezeichnete. Hierauf verlas der Kassirer Kollege Tappert seinen Vierteljahrsbericht und es ist hierbei zu bemerken, daß, trotzdem noch nicht die ganze Abrechnung vom letzten Vergnügen stattgefunden habe, ein Ueberschuß von 92 M. 85 Pf. in der Kasse vorhanden sei. Dieses beschäftigten die Revisoren und wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Der Antrag des Kollegen Baake, den streikenden und gemahregelten Kollegen, den Verheiratheten mit 15 M. Unverheiratheten mit 10 M., sofort zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Das Wiedererstattungsgeld für ausgeschiedene Mitglieder ist auf das Doppelte erhöht worden, und beträgt jetzt 60 Pf. Auch wurden die Kollegen, welche die genommenen Voten vom vorigen Vergnügen noch nicht bezahlt haben, aufgefordert, dieses zu thun.

Am Sonntag Nachmittag fand in der „Neuen Welt“ in der Hasenhäute, eine gut besuchte öffentliche Schneiderversammlung aller in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. In das Bureau wurden gewählt: Böglberger, Frau Kottische und Bill. Sodann erhielt Kollege Steinmar das Wort zu seinem Referat, in welchem er ungefähr folgendes ausführte: Ist es möglich, durch Organisation höhere Löhne zu erzielen? Referent schilberte im Eingange die moderne Arbeiterbewegung und kam dann auf die Lage der Schneider zu sprechen. Er konstatierte, daß die Schneider resp. die Schneiderinnen bei den jetzigen Löhnen nicht mehr existieren können, und wenn sie es dennoch wollen, so sind sie gezwungen, die Arbeitszeit in gesundheitschädlicher Weise auszuweiden. Die Frucht jener Ueberproduktion sei die große Referatarmee, vom Kapital „Vagabundage“ genannt. Letztere sucht der Kapitalist nicht zu beschäftigen, sondern sie wird ihm als willkommen sein, bei einer eventuellen Lohnbewegung. Auch kritisierte er die vom Pastor v. Bodelschwing eingeführten Arbeiterkolonien und Herbergen, auf welche letzteren man erst Steinemauern, Holzspalten u. c. muß, um dann Anrecht auf einen Keller Wassertrübe zu haben; ferner machte er auf die traurige Lage der Konfektions-Arbeiterinnen aufmerksam und konstatierte, daß Zeitlohn für 50 Pf. und zweireihige Jacken mit Schnur eingeführt für 90 Pf. gemacht werden und Inupste hieran die Frage, ob es bei einer solchen Bezahlung noch möglich ist zu existieren. (Rufe: Nein!) Dabei kann man nicht existieren. Diesem entgegen zu arbeiten, sei unser Aller Pflicht und da der einzelne nichts, die Gesamtheit aber Alles ist, so müssen wir uns organisieren, gleichviel auf welche Weise, die Hauptsache sei das Prinzip. Als drastischen Beweis führt er das Kapital an, welches sich ebenfalls verbindet, und zwar in Ringe, Trübsal u. c. Er streifte die bestehenden Organisationen und befandete, daß



die Ynungung zur uns nicht ist, edojo wenig die Gewertereine der Dursch-Dunder in gütlicher Richtung, welche immer noch glauben, mit dem Kapital in gütlicher Weise auszukommen, was aber heute nicht mehr möglich ist, da Kapital und Arbeit zwei ganz entgegengesetzte Begriffe sind, wie Feuer und Wasser. Indem er noch der traurigen Lage der Hausdiener- und Arbeiterinnen gedachte, wo die ganze Familie vom hundertjährigen Kinde angefangen, Tag und Nacht arbeiten muß, um nur wenigstens kümmerlich ihr Dasein fristen zu können, forderte er noch einmal auf, sich den bestehenden Organisationen anzuschließen, um Front gegen das Kapital machen zu können, besonders gedachte er der bevorstehenden Reichstagswahlen, welche am 20. Februar stattfinden, wo es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, dafür zu sorgen, daß wir eine andere, wie die heute bestehende Verteilung in unseren Reichstag bekommen, welcher nichts als neue Steuern, Zollerhöhungen u. dgl. ausarbeiten und nicht ein Werk für den Arbeiter sein soll. Denn er sich auch einbildet, durch das Alters- und Invalidenversorgungs-Gesetz etwas getan zu haben, so ist dies nicht der Fall, da man von jenem Geld, wenn man wirklich 70 Jahre alt wird, doch nicht leben kann. Indem er noch auf die Presse zu sprechen kam, empfahl er nur Arbeiterblätter zu lesen, und zwar das „Berliner Volksblatt“ und die „Volks-Zeitung“. Er schloß hierauf seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Plebe, Wuttke, Ocker, Hoffmann und Lehmann, sowie Frau Kubela. Alle schilderten in der Organisation die traurige Lage und forderten zum Beitritt in die Organisation auf, um dann, wenn wir stark genug sind, den Kampf aufnehmen zu können. Frau Kubela schilderte kaum glaubliche und doch wahre Zustände; monach ein Geschäft für einen 150 Cent wert langen Mantel 50 Pf. für Zeit- und Zinsen mit 29 Moschen zusammen 20 000 Berlin 1.50 Pf. bezahlt und noch manches andere. Während der Diskussion ging folgende Resolution ein:

Die heute in der „Neuen Welt“ tagende öffentliche kombinierte Schneiderversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und der übrigen Redner vollkommen einverstanden und glaubt nur dann eine Besserung ihrer Lage erzielen zu können, wenn sie sich sammt und sondere einer der bestehenden Organisationen anschließt, um dann in Masse dem Kapital gegenüber Front machen zu können.

Laut eingegangenen Antrag wurde sodann eine Zahlstelle des Vereins der Berliner Hand- und Nähmaschinen-Arbeiterinnen für Kitzdorf errichtet, wo sich auch gleich acht Damen aufnehmen lassen. Unter verschiedenen wurde noch auf die kommenden verschiedenen Versammlungen, edojo auf das sich anschließende nächste Verammlungen aufmerksam gemacht und schließlich der Vorh. nde die gut besuchte Versammlung.

Der allgemeine Metallarbeiterverein Berlin und Umgebung hielt am Mittwoch, den 8. Januar, eine Mitgliederversammlung ab. Herr Vogner hielt einen mit reichem Inhalt aufgenommenen Vortrag über Sozialreform. Redner führte aus, daß die Vorschläge zu dieser Reform, welche von den Gegenpartnern gemacht werden, nur kleine Mittelchen seien, die dem Arbeiter sehr wenig nützen; es muß die jetzige massenhafte Produktionsweise, die der Konsumtion in keinem Verhältnis steht, beseitigt resp. geregelt werden. Ebenfalls muß dem Arbeiter der Sinn seiner Arbeit zu Teil werden; daß aber bei dem jetzigen Wirtschaftssystem dieses nicht erreicht werden kann. Das Sozialrecht ist deshalb, die Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit zur Wahrheit zu machen und wird es auch vollbringen, trotz aller Gese, die die Arbeiterbewegung lahm legen wollen. Zur Diskussion meldete sich niemand. — Zur Aufnahme meldeten sich 43 Kollegen. — Im Besonderen forderte Kollege Hartmann die Mitglieder auf, den vom Verein ausgehenden Fragebogen mehr Beachtung zu schenken, damit wir Material zur Verfügung haben. Ebenfalls forderte er zum regen Besuch der am Sonntag den 13. Januar stattfindenden Generalversammlung auf. Von einigen Kollegen wurde angeführt, daß sich niemand zu Sämen braucht, anzuschreiben, was er verdient, und wurde von diesen aufgefodert, immer mehr für den Verein zu agitieren. Ein Kollege kam zur Sprache, wo ein Kollege schon in verschiedenen Verhältnissen andere Kollegen herausgedrängt hat; nach längerer Debatte wurde, einem Antrag gemäß, diese Sache zur genaueren Prüfung der Sachkommission überwiesen. Nachdem noch aufgefodert wurde, nur auf Arbeiterblätter und Volksbibliothek zu abonnieren und denselbe fleißig und fleißig weiter zu arbeiten, wie im vorst. Jahrs, schloß der Vorh. nde mit einem Hoch auf den Verein die gut besuchte Versammlung.

Die Eisenarbeiter Berlin und Umgebung waren am Sonnabend Abend außerordentlich zahlreich in Jordan's Salon versammelt, um sich zum mehr auch eine Organisation zu schaffen. Die in der vorigen Versammlung gewählte Kommission hat die Vorarbeiten zur Gründung eines Vereins bereits erledigt, und nachdem die Anwesenden sich einstimmig für die Errichtung eines Vereins erklärt hatten, wurde sofort zur Wahl eines provisorischen Vorstandes geschritten. Gewählt wurden die Herren Hoffmann, Hopp und Christian. Hierauf trat man in die Diskussion über das vorliegende Statut ein, welches bestimmte, daß der Verein den Namen: „Bund der Eisenarbeiter und Berufslosen Berlin und Umgebung“ zu erhalten. Ferner wird in demselben als Zweck des Vereins, die Erzielung möglicher günstiger Arbeitsbedingungen, Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie Aufklärung der Mitglieder durch entsprechende Vorträge angegeben. Der Beitrag ist auf 25 Pf. monatlich festgesetzt und jeden Monat soll eine Vereinsversammlung stattfinden. Auf isolaten Vorschlag beschloß man, einen anderen Namen für den Verein zu wählen und ihn: „Freie Vereinigung der Eisenarbeiter und Berufslosen“ zu nennen. Herr Christian machte den Vorschlag, im Statut die Errichtung eines Arbeitsnachweises aufzunehmen. Dieser Antrag stieß auf lebhaftest Opposition. Man war sich zwar darin einig, daß der jetzige Nachweis, welcher sich in den Händen der Arbeitgeber befindet, unzureichend sei, denn gewöhnlich wolle eine wunderbare Fügung des Schicksals, daß wenn ein Arbeiter der Hausbranche antrage, gerade eine Stelle für die Toilettenbranche frei sei und wenn umgekehrt ein Kollege aus der Toilettenbranche Arbeit suche, werde fast niemand für die Hausbranche verlangt. Mit diesen Gedanken schloß sich der Verein zur Zeit schon stark genug sein werde, ihnen Recht zu bieten. Sicherlich würden die Arbeitgeber nicht geneigt sein, bei den Gehältern nach Rufen anzufragen. Herr Sillier trat entschieden für den Antrag ein. Einen eigenen, losen Arbeitsnachweis zu werden sei für die Gehältern eine große Erleichterung. Dadurch werde den Arbeitgebern eine gewisse Macht entzogen. Wenn die Kollegen als geschlossene Macht hinter dem eigenen Nachweis stehen würden und nur diesen benutzen, würden auch die Arbeitgeber das Gleiche thun müssen. Hierauf wurde der Antrag angenommen und Herr Hoffmann der Arbeitsnachweis übergeben. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden zum auf, sich in die bestehenden Listen als Mitglieder eintragen zu lassen. Nach Beendigung der Aufnahme ernannte Herr Christian die Mitglieder, in der nächsten Versammlung vollständig und pünktlich zu erscheinen. Herr Sillier erinnerte an die Kollegen, welche die junge Vereinigung den Mitgliedern aufzulegen. Nun gelte es zwei Selbstbestimmen an der Organisation, damit die gewünschten Vorteile auch erlangen werden könnten. Das weitere Verhandeln der G.m.H. m. H. verbunden und gegen die Verlangung muß Front gemacht werden. Jeder solle unentwegt der Jahre des Vereins, der als eine solche offene Macht den Kapitalisten

zu bekämpfen hat. Herr Hopp beantragte, den 1. Mai zum Arbeiterfeiertag zu erklären. Herr Barck fügte hinzu, daß auch der Wahltag, der 20. Februar, ein Festtag sein müsse und die Versammlung beschloß, die Arbeit an diesen beiden Tagen ruhen zu lassen. Einen sehr erregten Charakter nahm die Versammlung an, als ein Antrag gestellt wurde, den am 15. Februar in Kellers Lokal stattfindenden Maskenball der Seifenfabrik-Krankenkasse nicht zu besuchen, weil der Herr Keller sein Lokal nicht zu Arbeitervereinsversammlungen hergeben und auch inhaltlich den Feindern dieser Versammlung den Saal verweigert habe. Nur den Tunnel mitte für zur Verfügung stellen. Die anwesenden Vorstandmitglieder der Rasse entschuldigten sich damit, daß sie zur Zeit, als der Saal von ihnen gemietet wurde, die Sachlage nicht gekannt hätten. Die Rasse, welche sich aus kleinen Anfängen entwickelt habe und doch nur humane Zwecke verfolge, werde durch die bereits geleisteten Ausgaben sehr geschädigt, wenn das Verlangen, unentgeltlich. Herr Sillier machte den vermittelnden Vorschlag, Willets zur Deckung der Unkosten zu kaufen, das Fest aber nicht abzuhalten. Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt. Den Vorstandmitgliedern der Rasse wurde erwidert, daß es ihre Pflicht gewesen sei, sich zu informieren. Mit allen gegen 12 Stimmen wurde beschloffen, dem Fest fern zu bleiben. Nach diesem Beschluß legte Herr Christian, welcher auch vom Vorstand der Rasse angehört, sein Amt als provisorischer Schriftführer nieder, hierzu wurde von der Versammlung Herr Busch gewählt. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

Die freie Vereinigung der Hausdiener Berlin hielt am 9. d. M. eine öffentliche Generalversammlung bei H. Jordan, R. Grünstraße 28, ab. Im ersten Punkt machte der Vorsitzende bekannt, daß die Vereinigung dem verstorbenen Kollegen Wilhelm Knorre am 6. Dezember 1889 einen Kranz als letztes Ehrenzeichen am Grabe niedergelegt hat. Das Andenken des verstorbenen Kollegen wurde durch Erheben von den Vätern geehrt. Im Weiteren verlas der Vorsitzende das Antwortschreiben des Polizeipräsidenten, betreffend die Beschwerde des 13. November 1889, an welchem Tage die Vereinigung eine Versammlung abhielt, in welcher Herr Dr. Bruno Wille einen Vortrag hielt über den Kampf um Dasein. Die Versammlung wurde vom überwachenden Beamten aufgelöst. In dem Schreiben wird bekannt gegeben, daß die Auflösung als gerechtfertigt anerkannt worden und der Beamte mit entsprechender Würdigung versehen ist. Im zweiten Punkt ermittelte der Kassierer Bericht über die Einnahmen und Ausgaben und den Bestand der Kasse. Die Ausführungen desselben wurden durch die Revisoren bestätigt, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Hierauf wurde eine Pause von 10 Minuten angelegt. Darauf erhielt der Referent Herr W. Schwall zu seinem Vortrag das Wort. Reichlich lobte der Redner. — Unter verschiedenen wurde vielfach die Frage aufgeworfen, ob wir den 1. Mai d. J. als Feiertag proklamieren wollen; es kam jedoch zu keinem Entschluß; H. Pfeiffer sowie H. Wilschke traten für einen Beschluß ein, der dahin ging, den 1. Mai als Feiertag zu proklamieren. Verschiedene Redner führten jedoch aus, daß der Beschluß hierüber erst in einer großen öffentlichen Versammlung sämtlicher Hausdiener und Handlungsgehilfen gefaßt werden könne, damit die Allgemeinheit darüber beschließt. Ein Vorschlag des Kollegen Herrmann, nur in den Lokalen zu verfahren, wo „Berliner Volksblatt“ und „Volks-Zeitung“ ausliegen, wurde einstimmig angenommen, während Barck sich dahin aussprach, recht zahlreich auf das „Volksblatt“ und die „Volks-Zeitung“ zu abonnieren, gleichzeitig auf die „Einigkeit“, „Friede“ und „Berliner Hausdiener“. — Mit einem dreifachen Hoch auf das Gelingen der freien Vereinigung der Hausdiener Berlin wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter (Mitgliederzahl Berlin) hielt Dienstag, den 7. Januar, Abends 9 Uhr, in Feuerherin's Restaurant, Alte Jakobstr. 75, eine sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn E. W. Gerich, über „Solidarität und Mittelalter“. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Referent schilderte in mehr als einstündigem Vortrag unter großem Beifall den Menschenhandel, sowie das unethische und unmenschliche Leben und Handeln mehrerer deutscher Fürsten vor ungefähr hundert Jahren. Von einer Diskussion über den Vortrag wurde abgesehen und wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, den 7. Januar 1890 in Feuerherin's Restaurant tagende Versammlung des Verbandes der deutschen Gold- und Silberarbeiter (Zahlstelle Berlin) erklärt sich mit dem Beschlusse des pariser internationalen Arbeiter-Kongresses einverstanden und verpflichtet sich, den 1. Mai 1890 als Feiertag zu betonen.“ Herr Günther begründet in kurzen Worten die Resolution und tritt ganz energisch für eine internationale Arbeiterschaft ein. Hierauf entpinn sich eine längere Debatte über die Unterstützung der Wiener Perlmutter-Arbeiter, in welcher Herr Stator für Unterstützung aus der Vereinskasse, Herr Günther für Unterstützung eintritt. Die Versammlung beschloß sich jedoch für Werkstättenversammlung, weil einestheils der Russenbestand ein zu ungenügender ist, andernteils die Genehmigung der einwachsenden Bed. e fehlte. Zu Punkt 3 erfuhr Herr Polkamp die Kollegen im Interesse der Vereinigung von einer Diskussion über diesen Punkt vollständig abgesehen, weil dadurch die Versammlung sehr leicht der Sommerzeit von Leidenschaftlichkeiten und persönlichen Angriffen werden könnte, wodurch manchem Mitglied der Aufenthalt in derselben verleidet würde, und tritt derselbe im Weiteren für Regelung derartiger Angelegenheiten durch eine Kommission, welche aus dem Vorstand und den Vertrauensleuten resp. Werkstätten-Delegierten besteht, ein. Die Anwesenden schloßen sich diesen Ausführungen an. Sodann berichtet der Kassierer über den Quartalsabschluss. Hiernach bestehen die Einnahmen aus 302 30 M., die Ausgaben aus 294 05 M. und ist ein Restbestand von 53 25 M. Derselbe ersucht noch die Mitglieder, pünktlicher in der Entrichtung ihrer Beiträge zu sein. Nachdem die Revisoren diese Angaben für richtig befanden und erklärt haben, als in bester Ordnung gefunden zu haben, ertheilt die Versammlung dem Kassierer Decharge. Im Weiteren wurde beschloffen, einen Besuch der Urania vorzunehmen und theil der Vorh. nde mit, daß er sich um Willets bemühen und den Tag des Besuchs in der nächsten Versammlung bekannt machen werde. Ueber den zu errichtenden Arbeitsnachweis entstand eine längere Auseinandersetzung, an welcher sich die Herren Kram, Günther und Hering beteiligten. Die Statuten der Hamburger Zahlstelle hierzu wurden abgelehnt und soll in der nächsten Versammlung eine Kommission gewählt werden, welche dieselben ausarbeitet. Der Vorsitzende theilt sodann mit, daß die Matinee Sonntag, den 16. Februar, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 42, stattfindet. — Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 4. Februar, Abends 8 Uhr, in Feuerherin's Restaurant, Alte Jakobstr. 75, statt. — Der Vorstand ersucht sämtliche Werkstätten-Vertreter ihre Adressen sobald als möglich dem Vorsitzenden Herrn Dr. Hermann Jaber, Reipzigerstr. 58, abzugeben. Ueberden ist der Vorstand in der Lage, jetzt schon den Besuchtag in der Urania anzugeben, derselbe ist auf Sonntag, den 23. Februar, festgesetzt. Willets 20 Pf. sind vom 14. Februar ab allen Vorstandmitgliedern und auf der Zahlstelle (Barrackengasse) von Reich's Pinge-Kasse 31, zu haben.

Inselstr. 10. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag von Herrn Krause: Welche Forderungen stellen wir bei einer Lohnbewegung? Zur Forderung der Versammlung wurde ein Referent ernannt, Herr Hoffmann und Fraulein Bader gewählten Referent wies auf den Bericht der Hamburger Handwerker, welcher von einer steigenden Tendenz der Volkswirtschaft richtig sei, allerdings, daß die Börsenspekulation eine aufsteigende Tendenz zeige und daß andererseits wieder eine kleine Rezessionsperiode im Anzuge sei. Auch auf die Arbeiter kommen diese „Wohlfahrt“ nichts, sie spüren bei ihren Löhnen keine steigende, sondern eine fallende Tendenz. Auch in der Schweiz dränge sei es so; zu gewissen Zeiten, während der Saison, ziele man einen etwas höheren Lohn, aber sobald diese vorüber sei, trete in der Regel längere oder kürzere Arbeitslosigkeit ein, und das dadurch hervorgerufene größere Angebot drücke die Löhne wieder auf einen niedrigen Punkt hinab. Wenn eine Lohnbewegung eingetreten werde, müsse man sich hin zunächst auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wirken; ferner müsse eine Erhöhung der Arbeitslohn — so lange noch in Afford gearbeitet werde — und auch eine Erhöhung der Wochenlöhne stattfinden. Die heutige Produktionsweise hat den Arbeiter für die herabgedrückt, ihn entmenscht und aus diesem Zustand heraus nur nur herauskommen durch Gese, welche wirklich die Arbeit verfolgen, ein anderes Produktionssystem einzuführen, das den Arbeitern den vollen Beitrag ihrer Arbeitskraft zu zahlen haben aber noch nicht einmal die allergeringsten Entschädigung, namentlich ist Deutschland in dieser Beziehung hinter anderen Staaten zurück. Die Statistik zeigt uns jämmerliche Arbeitslöhne auf der einen und hohe Dividenden auf der anderen Seite; sie liefert den besten Beweis dafür, daß wir berechtigt sind unsere Lage zu verbessern. Den Frauen muß für gleiche Leistung auch der Lohn zu Theil werden, den man den Männern gewährt. Die Hausindustrie ist unzulänglich; denn gerade sie zeitigt die entschiedensten und unersättlichen lange Arbeitszeit, welche sich in manchen Betrieben auf 12-16 Stunden stellt. Der Kapitalist macht es sich ordentlich leicht, er überläßt es seinen Arbeitern, sich selbst anzuschaffen, giebt ihnen die Arbeit mit nach Hause und giebt sie somit zu einer Scheinselfständigkeit, da sie sich zur Befriedigung der Arbeit wiederum in engen, überfüllten Räumen, des notwendigen Lichts und der Luft entschoren, gearbeitet, die schärfsten ist dies Verhältnis für die Stepperrinnen; denn die mühsamsten schwer für einen geringen Lohn arbeiten, während die Vorarbeiter die Arbeit in Afford angenommen hat. Wir müssen dahin streben, daß der Kapitalist sich selbst Maschinen anschaffen und für genügende Räumlichkeiten Sorge trägt. — Wuttke wies in der Diskussion darauf hin, daß vor der Einführung einer verkürzten Arbeitszeit gefordert werden müsse. Die Löhne in unserer Branche haben stets eine dem wärts gehende Tendenz gezeigt, sie haben bei jedem Schritt gehalten mit der Verbesserung der Lebensbedingungen. Auch die Reinlichkeitsverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Frühstücks- und Besperpausen sind nicht vorhanden und deshalb sind die Arbeiterinnen gezwungen, das Brot während der Arbeitszeit zu essen. Das müssen sie mit schmutzigen Händen thun, weil weder Seife noch Wasser zum Reinigen ist. Einen Nistplatz neben der Zwischentür, wie bei Stepperrinnen außer dem Hause, diese müssen mit herangebracht werden, was nicht schwer sein könnte, weil solche Arbeiter wirklich dem Arbeiter nur gleiches. Redner forderte diese scheinbar selbstständigen Meister auf, von den Kapitalisten kein Material mehr zu nehmen. Der Kapitalist zahle 1. B. für das Kilo Schafwolle nur 25 Pf. und lasse sich aber den horrenden Preis von 30 Mark dafür zahlen. Das sei eine kolossale Ausbeutung. In der weiteren Diskussion beteiligten sich die Herren Goriemann, Krause, Hoffmann und Rosenfeld, sowie Fraulein Bader und Anna Rosner. Herr Küster trat warm für Festsetzung eines Minimallohnes ein, weil dieser gerechter und die progressiven Lohnbewegung schwerer durchzuführen sei. Auch Herr Krause und Fraulein Bader sprachen sich in diesem Sinne aus. Das Ergebnis der Diskussion war die Annahme eines Minimumlohnes von 18 M. für Arbeiter und Arbeiterinnen für die in der Hausindustrie beschäftigten mindestens 10 Prozent Lohnbewegung, ferner wird Abschaffung des Lohnsystems und gewissermaßen zu Gunsten der Fabrikanten führten Fabrikbestimmungen verlangt. Zur Ergänzung der Lohnkommission wurden Fraulein Wuttke, Krotzow, Rosenfeld, Wegener und Kestinsky und die Herren Rosenfeld, Wegener und Kean gewählt. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung.

Eine stark besuchte Wählerversammlung Friedrichsberg und die umliegenden Ortsgatten des Reichstageswahlkreises fand am Montag Abend im Reichstags-Volksklub statt. Nachdem die Herren Lange, Rosenfeld, Schulze in das Bureau gewählt waren, hielt Herr Schall, verordneter Rechtsanwalt Stadthagen einen interessanten Vortrag über: „Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen, insbesondere für die Arbeiter.“ In kurzen Zügen skizzierte Redner die Segnungen, die die nun zu Ende gehende Legislaturperiode gebracht. Gegenüber den immer mehr anwachsenden Militäraufgaben und sonstigen Lasten, die durch höhere höhere Grundsteuer indirekte Steuern, die durch höhere auf notwendige Lebensmittel — gedeckt werden müssen, ist nicht ein einziger Vorschlag erteilt, die Löhne und die Bedürfnisse der großen Masse des Volkes zu heben oder ein wenig durch greifendes Arbeiterschutzgesetz einzuführen. Dagegen ist die jährige Majorität stets bereitwillig ihre Hand zu bieten, wenn es sich darum handelt, das geringe Maß der bestehenden Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu beschneiden, sei es durch Ausnahme- oder sonstige Gese. Wer auch in Zukunft derartige Volksvertretung wolle, der gebe seine Stimme am 20. Februar ruhig dem bisherigen Abgeordneten des Reichstages, der trete kräftig und mutig für die wahren und edlen Prinzipien der Sozialdemokratie ein. — Nachdem mit lebhaftem Beifall aufgegebenen Ausfertigung wurde die Wahl eines Wahlkomitees für Nieder-Barnim vorgenommen. Ein Antrag, in das Komitee die folgenden neun Personen en bloc zu wählen, fand einstimmige Annahme. Die sind dies die Herren Lange, Wasse, Rosenfeld, Schulze, Gensel, Kurzbach, Thielich und Ad. Schulze. In der hierauf folgenden Diskussion freikunnte Herr Bernöt das schmächtige Verhalten der Freikunnte zu den Freikunnten und sprach den Wunsch aus, daß der hierorts dominierende En bloc dieser Art „Liberale“ durch das kräftige Vorgehen der Arbeiter vollständig beseitigt wird, indem Herr für Mann eintritt für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Rechtsanwalt Stadthagen. — Es beteiligten sich an der Wahlkomitee die Herren Heidemann, Kramann, Lange und Krejz, während anwesende Wegener, trotz der Aufforderung der Vorh. nden, sich zum Worte meldeten. Am Freitag, den 20. Februar als allgemeinen Feiertag zu betonen, fand eine öffentliche Annahme. In seinem Schlußwort empfahl der Referent die Arbeiter, auch hinausgehen in die Landbezirke des Reichstages und von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus für unsere gemeinsame Sache zu agitieren, um auch die weniger aufgetretenen Klassen Arbeiter für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu gewinnen. Mit einem Hoch auf den Kandidaten der Sozialdemokratie die Versammlung ihren Abschluß.

erschient täglich in Haus vier u. Pf. Sonntags Expedition 30 für das Ju

Wir haben in dem in der Gorgeoische z. zur einen g. hat, aber tro Chemi

bestimmlich schen Fortsch die wie der Kappie Rüd dem Augen wurden mit geißt, währe trüber an de

„Es geschah“, tri nach dem Tri Freude geschl Der, sag im Besondere blüher galt u. Wird er auch Rann, wird lange er sein ist er zufrieden das All zw lüchten als lübrigkeit A dienst, Luge Schweinehan Er will seine theoret seit 1848 na mit allen Jo Und Jo Dhamacht, Ausnahme n

se ist über Weiber gieb Raum Deutschfreis Wind das war für ein gettern, un das Recht in einen eige waren den Legistaturpe

Wahlrecht verb

De

Autorisierte Eine die Stirn Augen. „Gere“ genau sprit von dieser Thiere bei zur Ebe nur er alle burt verflu und keine schauelt. Fläch und verstu Bede fest Mitul nach dem Der Herr Wier Besten Wier geschid da Beste“ Er Mit groß